

Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

Nr. 17, Februar 2003

Kurz- und langfristige Bestimmungsgründe für Partei- affinitäten in Ostdeutschland

Andrea Ziegel

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam



Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

Nr. 17, Februar 2003

Kurz- und langfristige Bestimmungsgründe für Partei- affinitäten in Ostdeutschland

Andrea Ziegel

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam

ISSN 1612-6602

INHALT

EINLEITUNG.....	1
1. DIE POLITISCHE KULTUR IN OSTDEUTSCHLAND.....	2
1.1 Besonderheiten politischer Einstellungen.....	2
1.1.1 Einstellungen zur Demokratie.....	3
1.1.2 Identitätsabgrenzung.....	6
1.2 Problemwahrnehmungen und Kompetenzzuweisungen.....	7
2. OSTDEUTSCHES WAHLVERHALTEN.....	8
2.1 Thesen.....	8
2.2 Politisierung der Sozialstruktur.....	9
2.3 Anwendbarkeit des Konzeptes Parteiidentifikation.....	14
2.4 Parteiidentifikation und Sozialstruktur.....	16
2.5 Sachthemen und Kandidaten.....	20
3. EMPIRISCHER TEST.....	24
3.1 Daten und Methode.....	24
3.1.1 Kausalmodell.....	24
3.2 Hypothesen.....	26
3.3 Ergebnisse für die einzelnen Parteien.....	27
3.3.1 CDU.....	27
3.3.2 SPD.....	30
3.3.3 PDS.....	32
3.4 Relatives Gewicht lang- und kurzfristiger Faktoren.....	34
4. FAZIT – DISKUSSION DER ERGEBNISSE.....	37
LITERATURVERZEICHNIS.....	41

ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS

Abbildungen

1.1 Demokratiezufriedenheit 1998 in Ost- und Westdeutschland.....	4
2.1 Anteile der Parteiidentifizierer in Ost- und Westdeutschland 1998.....	16
2.2 Parteiidentifikation nach Konfession – neue Bundesländer 1998.....	17
2.3 Parteiidentifikation nach Berufsgruppen – neue Bundesländer 1998.....	18
2.4 Parteiidentifikation und Gewerkschaftsbindung – neue Bundesländer 1998.....	19
2.5 Rangfolge der Wichtigkeit politischer Sachfragen – neue Bundesländer 1998.....	22
3.1 Kausalmodell für die Erklärung von Parteisympathien	25

Tabellen

1.2 Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und Demokratiezufriedenheit	5
– neue Bundesländer 1998	
1.3 Demokratiezufriedenheit und Wechselwahl – neue Bundesländer 1998.....	6
1.4 Problemlösungskompetenz der Parteien in Ostdeutschland 1998 – 2001.....	7
3.3 Erklärungskraft der Regressionsmodelle für die CDU-Sympathie – Ostdeutschland 1998.....	28
3.4 Bestimmungsgründe für die CDU-Sympathie, standardisierte Regressionskoeffizienten – neue Bundesländer 1998.....	29
3.5 Erklärungskraft der Regressionsmodelle für die SPD-Sympathie – Ostdeutschland 1998.....	30
3.6 Bestimmungsgründe für die SPD-Sympathie, standardisierte Regressionskoeffizienten – neue Bundesländer 1998.....	31
3.7 Erklärungskraft der Regressionsmodelle für die PDS-Sympathie – Ostdeutschland 1998.....	32
3.8 Bestimmungsgründe für die PDS-Sympathie, standardisierte Regressionskoeffizienten – neue Bundesländer 1998.....	33
3.9 Vergleich der Bestimmungsgründe für Parteien-Sympathie, nicht standardisierte Regressionskoeffizienten – Ostdeutschland 1998.....	35

EINLEITUNG

Seit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 hat die ostdeutsche Bevölkerung nach einer langen Unterbrechung wieder die Möglichkeit bei demokratischen Wahlen ihre Stimme abzugeben. In der Wahlsoziologie wird seitdem über die Frage diskutiert, ob die gängigen wahlsoziologischen Modelle für die Analyse des Wählerverhaltens in den neuen Ländern eingesetzt werden können und welche Erklärungen für das unterschiedliche Abstimmungsverhalten gefunden werden können, das sich am deutlichsten in der Manifestation des Drei-Parteien-Systems (bestehend aus CDU, SPD und PDS) in den neuen Bundesländern zeigt. Die Wahlen seit 1990 haben gezeigt, dass sich zwischen Ost- und Westdeutschland bezüglich des Wahlverhaltens Unterschiede zu festigen scheinen, die sich am markantesten durch die Etablierung der PDS als ostdeutsche Regionalpartei auswirken.

In dieser Arbeit wird den verschiedenen Thesen, die das Wahlverhalten in Ostdeutschland begründen, nachgegangen. Der Einbezug der politischen Kultur scheint als Erweiterung des sozialpsychologischen Ansatzes notwendig, um das Wählerverhalten in den neuen Bundesländern angemessen zu modellieren. Für die Analyse der Parteiaffinitäten werden die in den ersten beiden Kapiteln ausgearbeiteten Deutungen zu empirisch überprüfbaren Hypothesen verdichtet und anhand der im empirischen Teil der Arbeit aufgestellten Regressionsmodelle getestet.

Mit Daten der Nachwahlstudie 1998 werden für die betrachteten Parteien jeweils Modelle aufgestellt, in die die verschiedenen Variablen blockweise eingeführt werden. Auf diese Art kann gezeigt werden wie sich die Parteisymphathien im einzelnen erklären lassen. Weiterhin wird untersucht, auf welche Faktoren die Parteiaffinitäten der Bürger in Ostdeutschland insgesamt zurückgeführt werden können – auf sozialstrukturelle Variablen, einstellungsbezogene Faktoren, die langfristig angelegte Parteiidentifikation oder die kurzfristigen Variablen Problemkompetenz und Kandidatenorientierung?

1 DIE POLITISCHE KULTUR IN OSTDEUTSCHLAND

Folgen den mit der Wiedervereinigung verbundenen strukturellen Angleichungen zwischen Ost- und Westdeutschland Annäherungen in den politischen Einstellungen und Verhaltensweisen? Und ist somit von einer erfolgreichen Transformation der neuen Bundesländer auszugehen oder haben sich spezifisch ostdeutsche Einstellungsmuster entwickelt, die die Herausbildung einer gemeinsamen politischen Kultur Deutschlands behindern? Diese können zu einer langfristigen Polarisierung zwischen Ost- und Westdeutschen und zur Etablierung eines Ost-West-Cleavages führen, das die kulturelle Einheit beider deutscher Staaten beeinträchtigen kann.

Für die Untersuchung der Bestimmungsgründe von Parteipräferenzen darf die Betrachtung der kulturellen Rahmenbedingungen nicht außer Acht gelassen werden. Die ostdeutschen Besonderheiten der politischen Kultur stellen die kulturellen Rahmenbedingungen für Parteiaffinitäten dar. Deshalb müssen sie als langfristige Bestimmungsgründe in die Betrachtungen einbezogen werden.

Ist die mit dem Beitritt der Länder der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland verbundene kulturelle Integration der ostdeutschen Bevölkerung abgeschlossen und gelungen oder ist davon auszugehen, dass eine „Transformation ohne Integration“ (Gensicke 1998) stattgefunden hat?

1.1 Besonderheiten politischer Einstellungen

Pollack und Pickel (2000) suchen Gründe für das andersartige Wahlverhalten zwischen Ost- und Westdeutschland in den unterschiedlichen politischen Kulturen. Sie vermuten dabei, dass die politische Kultur in Ostdeutschland andere Themen und Präferenzen zur Lösung fördert, als dies für die alten Bundesländer der Fall ist (Pollack/Pickel 2000: 118). Dem Ansatz wird hier gefolgt und es wird gezeigt, wie die politischen Einstellungen der Ostdeutschen in ihrem politischen Verhalten ihren Niederschlag finden.

Anzeichen für unterschiedliche politische Kulturen zeigen sich bereits in der Parteienlandschaft, die sich in Ostdeutschland in einem Drei-Parteien-System (bestehend aus CDU, SPD, PDS) manifestiert, in der gesamten Republik ist jedoch weiterhin das Fünf-Parteien-System (CDU, SPD, PDS, FDP, Grüne) vorherrschend (Juhász 2000: 333). Die Wahlverhaltensunterschiede wirken auf das Parteiensystem zurück und haben zu einer Regionalisierung zwischen Ost- und Westdeutschland geführt (Arzheimer/Falter 1998: 33).

Als Erklärungen für die unterschiedlichen Einstellungen dienen in der Literatur zwei verschiedene Ansätze (Pollack/Pickel 1998: 12). Das ist erstens die **Sozialisationshypothese**, die auf eine andere Sozialisation in der DDR abstellt. Unterschiedliche Mentalitäten werden aufgrund der politischen Sozialisation in der DDR erklärt. Eine andere Erklärung bietet die **Situationshypothese**. Die Entfremdung vom politischen System wird durch die Realität des Transformationsprozesses erklärt. Insbesondere die schlechtere soziale Lage in Ostdeutschland wird als relevant angesehen. Die Entscheidung, ob die eine oder die andere Erklärung die Unterschiede am besten begründet, kann wohl nicht getroffen werden. Am realistischsten ist eine Mischung aus beiden Erklärungen (Pickel et al. 1998: 180).

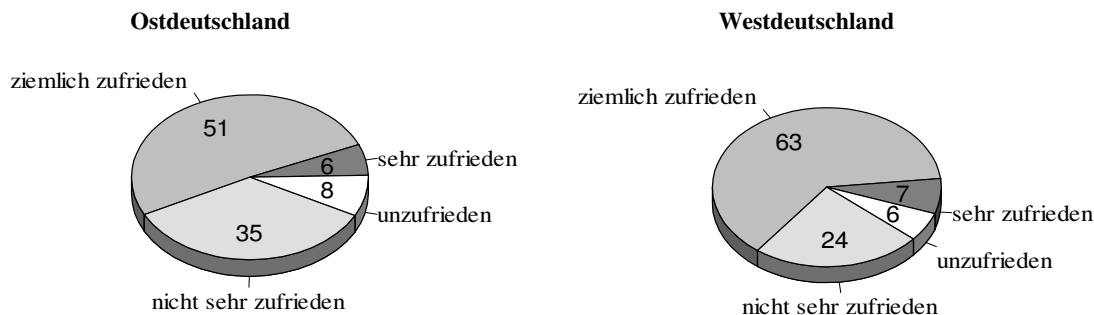
1.1.1 Einstellungen zur Demokratie

Die erfolgreiche Demokratisierung einer postsozialistischen Gesellschaft hängt einerseits von funktionierenden Institutionen, andererseits von einer kompetenten politischen Führung und des weiteren von Bürgern ab, die mehrheitlich demokratische Werte internalisiert haben (Reißig 1994: 16). Die Besonderheiten des Transformationsprozesses in Ostdeutschland durch den Beitritt zur Bundesrepublik haben dazu geführt, dass die ersten beiden Bedingungen erfüllt sind. Doch wie sieht es mit den Einstellungen der ostdeutschen Bürger zum neuen Ordnungsmodell der Demokratie aus? Nach Art. 20 GG ist das Demokratieprinzip ein strukturbestimmendes Merkmal des politischen Systems der Bundesrepublik. Die Einstellungen zur Demokratie spielen eine Schlüsselrolle für das kulturelle Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten.

Die Einführung des westdeutschen Institutionengefüges stellt die Mehrheit der Ostdeutschen nicht in Frage (Ahbe/Gibas 2000: 35, Pollack 1998: 303, Emmert 1994: 77). Die Unterstützung demokratischer Normen und Werte durch die Bürger ist gegeben (Pollack/Pickel 1998: 16, Pollack 2000: 16). Jedoch befindet sich die Zufriedenheit mit dem aktuellen Zustand der Demokratie seit der Vereinigung auf einem niedrigeren Niveau als im Westen der Republik¹ (vgl. Tabelle 1.1).

¹Die Funktionsweise der Demokratie bewerten die Ostdeutschen seit 1990 im Schnitt 20% schlechter als die Westdeutschen (Pollack/Pickel 1998: 17).

Abbildung 1.1: Demokratiezufriedenheit 1998 in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: Deutsche CSES-Studie 1998; Angaben in %.

Die Kritik am aktuellen Zustand der Demokratie ist nicht mit der Ablehnung der Demokratie als Ordnungsmodell gleichzusetzen, jedoch kann die Unzufriedenheit mit dem bestehenden politischen System auf längere Sicht die Unterstützung der Demokratie als Form der politischen Ordnung untergraben (Gabriel 2000: 41). Die geringere Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland kann im Sinne der Situationshypothese interpretiert werden (Pollack et al. 1998: 148), denn die Unzufriedenheit über den Erfolg des Transformationsprozesses drückt sich darin aus. Der positiven Einstellung gegenüber allgemeinen Prinzipien der Demokratie stehen kritische Haltungen und eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit dem aktuellen Funktionieren des politischen Systems gegenüber. Das Maß an politischer Entfremdung zeigt, dass das politisch-soziale System nicht enttäuschungsfest ist, was auf eine fehlende Verinnerlichung demokratischer Grundwerte in den neuen Bundesländern schließen lässt.

Gabriel (2000) führt die kritischeren Einschätzungen der ostdeutschen Bürger zur Idee und Praxis der Demokratie auf die negative Wahrnehmung und Bewertung der wirtschaftlichen Verhältnisse zurück. Er formuliert die These, dass negative Bewertungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse eine Unzufriedenheit mit der Demokratie hervorrufen (Gabriel 2000: 56). Je positiver die allgemeine wirtschaftliche Lage und die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eingeschätzt werden, desto breiter ist die Zufriedenheit mit der Demokratie.

Exemplarisch kann für 1998 gezeigt werden, dass die Demokratiezufriedenheit mit der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage korrespondiert. Mit einer zunehmenden negativen Einschätzung der wirtschaftlichen Lage sinkt die Demokratiezufriedenheit (vgl. Tabelle 1.2) der Ostdeutschen.

Tabelle 1.2: Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und Demokratiezufriedenheit – neue Bundesländer 1998

<i>Wirtschaftliche Lage</i>	<i>DEMOKRATIEZUFRIEDENHEIT</i>			
	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	nicht sehr zufrieden	Unzufrieden
sehr gut		67	33	
gut	11	66	20	3
weder gut noch schlecht	4	55	36	4
schlecht	3	37	47	13
sehr schlecht	7	13	43	37

Datenbasis: Deutsche CSES-Studie 1998; Angaben in %.

Wirtschaftliche Effektivität war in der deutschen Geschichte immer ein Kriterium der politischen Leistungsfähigkeit (Pickel 1998: 45). Die starke Unterstützung der westdeutschen Nachkriegsdemokratie war durch den wirtschaftlichen Aufschwung und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der politischen Ordnung begünstigt (Pickel 1998: 46, Kaase/Bauer-Kaase 1998: 253). Mit wirtschaftlicher Effektivität könnte ebenso wie in den Anfängen der Bundesrepublik demokratische Stabilität gelingen.

In Ostdeutschland waren die Bürger von der Idee der Demokratie überzeugt, wurden aber nach der Wende von der politischen und ökonomischen Leistungsfähigkeit des politischen Systems enttäuscht. Die Verbesserungen in vielen Lebensbereichen gehen mit einer angespannten wirtschaftlichen Situation und hohen Arbeitslosenquoten einher. Die positive Wohlfahrtsentwicklung wird dem Markt zugeschrieben, wohingegen die Belastungen und Verluste durch die Wiedervereinigung eher der Politik angelastet werden (Priller 1999: 336). Dieser Umstand hat zur Konsequenz, dass das Funktionieren der Demokratie kritisch beurteilt wird.

Doch wie wirken sich die Einstellungen zum Funktionieren der Demokratie der Bundesrepublik auf das konkrete politische Verhalten aus? Um diese Frage zu beantworten, wird der Zusammenhang zwischen der Demokratiezufriedenheit und dem Wechselwahlverhalten betrachtet. Es zeigt sich, dass mit abnehmender Demokratiezufriedenheit der Anteil derjenigen, die ein Wechselwahlverhalten angeben, steigt, ebenso wie der Anteil der Nichtwähler (vgl. Tabelle 1.3).

Tabelle 1.3: Demokratiezufriedenheit und Wechselwahl – neue Bundesländer 1998

<i>Demokratiezu- friedenheit</i>	Wechselwahlverhalten		
	immer dieselbe Partei gewählt	auch mal eine an- dere Partei gewählt	noch nie gewählt
sehr zufrieden	54	44	2
ziemlich zufried- den	49	49	2
nicht sehr zufried- den	46	50	4
unzufrieden	39	56	5

Datenbasis: Deutsche CSES-Studie 1998; Angaben in %.

1.1.2 Identitätsabgrenzung

Unter den Schlagwörtern Abgrenzungsmentalität und DDR-Nostalgie können die Gefühle der Fremdheit der ostdeutschen Bürger im bundesdeutschen Ordnungssystem zusammengefasst werden.

Aufgrund der Außensteuerung des Transformationsprozesses wird die Herausbildung einer gesamtdeutschen Identifikation erschwert. Die Übertragung des westdeutschen Systems hatte die totale Abwertung des DDR-Systems zur Voraussetzung. In der Folge entwickelte sich bei vielen Bürgern Ostdeutschlands eine positive, idealisierte Bewertung des sozialistischen Systems. Durch die Bindungen an die ehemalige DDR und die Leitidee des Sozialismus wird die Unterstützung der Demokratie erschwert.

Durch die idealistische Beurteilung der DDR und die gegenseitige Stereotypisierung von Ost- und Westdeutschen sind die Voraussetzungen für die Herausbildung einer Abgrenzungsmentalität in Ostdeutschland gegeben. Ostidentität ist geprägt durch den individuellen Lebensvollzug in zwei verschiedenen Gesellschaftssystemen, dem DDR-Sozialismus und der bundesdeutschen Demokratie. Das Fühlen als Bundesbürger beinhaltet nicht nur die Identifikation mit dem Grundgesetz, sondern auch Identifikation mit den realen sozialen und ökonomischen Verhältnissen und das Zurechtfinden mit anderen Lebens- und Wertvorstellungen. Die kollektive Ostidentität spiegelt einerseits die strukturelle Übermacht des Westens und die schlechtere ökonomische Lage Ostdeutschlands wider. Andererseits ist ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein der Ostdeutschen mit der Auseinandersetzung ihrer Vergangenheit zu er-

kennen. Dadurch wird die eigene Biographie als Bestandteil der Vergangenheit vor der Entwertung geschützt.

Die sich festigende Abgrenzungsmentalität der Ostdeutschen erweist sich als schwierigster Punkt der kulturellen Integration beider deutschen Teilgesellschaften.

1.2 Problemwahrnehmungen und Kompetenzzuweisungen

Nach Daten des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin/ Brandenburg lassen sich für die Zeit von 1998 bis 2001 Bewertungen der Bürger zum Einsatz der politischen Parteien für grundlegende Probleme im Osten Deutschlands zusammenfassen (SFZ 2001).

Dabei wird erstens deutlich, dass sich in den Einstellungen der Bürger zum Einsatz der politischen Parteien die Etablierung des Drei-Parteien-Systems widerspiegelt (vgl. Tabelle 1.4). Bei den vier betrachteten grundsätzlichen Problemen in den neuen Ländern wird in keinem Fall der FDP oder den Grünen Kompetenz zugeschrieben.

Die SPD kann in Ostdeutschland auf eine verstärkte Motivation ihres Hauptthemas, den Abbau der Arbeitslosigkeit, setzen. Dabei ist festzustellen, dass seit 1998 weniger Befragte der SPD Kompetenz beim Abbau der Arbeitslosigkeit zuschreiben, da sich mit dem Regierungswechsel die Probleme der Arbeitsmarktes in Ostdeutschland nicht entschärft haben.

Tabelle 1.4: Problemlösungskompetenz der Parteien in Ostdeutschland 1998 – 2001

Problemlösungskompetenz einzelner Parteien		1998	1999	2000	2001
wirtschaftlicher Aufschwung	SPD	31	22	28	26
	CDU	17	33	23	22
	PDS	7	6	6	8
Abbau der Arbeitslosigkeit	SPD	32	28	30	28
	PDS	14	14	15	16
	CDU	7	17	12	12
ostdeutsche Interessen	PDS	36	43	39	41
	SPD	17	12	12	13
	CDU	4	11	10	9
soziale Gerechtigkeit*	PDS			28	28
	SPD			19	19
	CDU			10	8

Datenbasis: SFZ 2001: 115f, Angaben in %, *2000 erstmals erhoben.

Zu den „Verlierern der Transformation“ (Pickel et al. 1998: 183) sind in jedem Falle die bis 1998 regierenden Parteien (CDU/FDP) zu rechnen. Ihnen werden fast alle negativen Folgen der Transformation zugeschrieben. Dies verdeutlicht auch der durch die Bundestagswahl 1998 eingetretene Regierungswechsel. Dass die mit dem Regierungswechsel verbundenen Hoffnungen nicht erfüllt wurden, zeigt sich auch in den seit 1998 wiederum gestiegenen Kompetenzzuschreibungen an die CDU. 1999 sind sprunghaft gestiegene Anteile derjenigen, die der Union Einsatz für die Problembereiche zuschreiben, zu erkennen. Diese Anteile fielen jedoch 2000 wieder und haben sich 2001 auf einem geringeren Niveau eingeepegelt. Diese Wechsel in den Kompetenzzuschreibungen verdeutlichen, dass die Bürger Ostdeutschlands deutlich auf Enttäuschungen über das Handeln der politischen Kräfte, zum Beispiel durch Vertrauensentzug, reagieren.

In Ostdeutschland ist der Vertrauensverlust gegenüber beiden Volksparteien deutlich ausgeprägt. Dieses Bild ergibt sich nicht nur aufgrund einer erhöhten Parteienskepsis, sondern weil ein Teil der Bürger in Ostdeutschland die PDS als Kompetenzführer betrachtet (Brunner/Walz 2000: 42). Die Wahrnehmung der Problemstruktur in Ostdeutschland korrespondiert mit der zunehmenden Kompetenzzuschreibung an die PDS. Zunächst zog die Partei diejenigen an, die mit dem DDR-Regime eng in Verbindung standen und mit der Umbruchsituation Ängste verbunden. Die PDS-Wähler haben am ehesten eine DDR-Identität entwickelt. Mittlerweile stellt sie ein Sammelbecken für all diejenigen, die durch die Folgen des Transformationsprozesses in negativer Weise (z.B. durch Arbeitslosigkeit) betroffen sind, ehemalige Funktionseliten, überzeugte Sozialisten und DDR-Nostalgiker, dar (Eith 1996: 566).

Diese Aufstellung verdeutlicht, dass durchaus davon ausgegangen werden kann, dass aufgrund der politischen Kultur Ostdeutschlands spezifische Themen auf der politischen Agenda stehen und die DDR-Sozialisation nicht ohne Folgen für die politischen Orientierungen der Bürger ist. Mit den hohen Kompetenzzuschreibungen an die PDS wird deutlich, dass auch andere Lösungen für die gesellschaftlichen Probleme gefordert sind, als es für die alten Bundesländer üblich ist.

Insbesondere die Identifikation als Ostdeutsche und die kritische Einschätzung der wirtschaftlichen Lage behindern den Prozess der kulturellen Integration. Die kritische Betrachtung der aktuellen Lage zeigt sich am deutlichsten in der Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Demokratie derzeit in der BRD funktioniert.

Weiterhin lässt sich die Etablierung eines neuen Ost-West-Konfliktes in der bundesdeutschen Gesellschaft vermuten, der die Bildung einer gemeinsamen politischen Kultur auf Dauer beeinträchtigen kann und auf eine bedenkliche Transformation ohne Integration schließen lässt.

2 OSTDEUTSCHES WAHLVERHALTEN

2.1 Thesen

Die als erste vor der Volkskammerwahl 1990 formulierte **Kontinuitätsthese** geht von der Annahme aus, dass die Grundmuster der Wähler-Parteien-Koalitionen, wie sie sich in der Weimarer Republik darstellten, sich unmittelbar nach der Einführung des westdeutschen Parteiensystems wieder aktualisierten. Dies würde bedeuten, dass sie die über 50 Jahre währende Unterbrechung, durch den Nationalsozialismus und später durch den DDR-Sozialismus, überdauerten. Die von Lipset und Rokkan (1967) Cleavage-Theorie dient dabei als theoretischer Rahmen. Die Bürger haben dieser Erklärung zufolge die sozialistischen Werte während der DDR-Zeit nicht internalisiert, sondern die Großkonflikte der letzten Jahrhundertwende spalten die Gesellschaft noch immer. Ob die Konflikte, die das westdeutsche Parteiensystem strukturieren (der religiöse Konflikt und das Klassen-Cleavage) auch in dem Teilektorat Ostdeutschland eine wesentliche Rolle zur Bestimmung des Wahlverhaltens spielen, soll im Abschnitt 2.2 untersucht werden.

Die **Tabula-Rasa-These** entstand in etwa zur gleichen Zeit und stellt eine extreme Gegenposition zur Kontinuitätsthese dar. Ausgangspunkt für die Befürworter dieser Variante ist die Annahme von einer „wahlpolitischen Stunde Null“ (Winter 1996: 305) im Jahre 1990. Demnach wurde die 1990er Wahl als Form des reinen *Issue-Voting* vollzogen. Die bestehenden Wahlnormen hätten sich in der DDR verflüchtigt und somit fehlen langfristige Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens. Als theoretischer Hintergrund dient der Rational-Choice-Ansatz. Da die Bürger der ehemaligen DDR vor 58 Jahren an den letzten freien Wahlen teilgenommen hatten, gehen die Vertreter der These (unter anderen Roth) davon aus, dass die Mehrheit über keine eigenen Erfahrungen mit einem demokratischen System verfügt, und sich demzufolge ausschließlich an politischen Sachfragen orientiert.

Die Tabula-Rasa-These ist zunehmend fragwürdig geworden, denn das Muster des Wahlverhaltens in Ostdeutschland hat sich seit der 90er Wahl zunehmend stabilisiert. So hat sich beispielsweise die sozialstrukturelle Verteilung der Stimmen auf die beiden Volksparteien in den Jahren seit der Wiedervereinigung nicht wesentlich verändert. Diese Feststellung ließ die Vermutung aufstellen, dass es bestimmte politische Grundorientierungen innerhalb der ostdeutschen Bevölkerung gibt. Insbesondere stellt sich die Frage, ob vor der Wende schon Bindungen an die westdeutschen Parteien existierten. Mit diesen Überlegungen beschäftigen sich die Anhänger der **Konvergenzthese** (Rattinger, Bluck/Kreikenbom), deren Formulierung

gegen die Existenz der Tabula-Rasa-Situation spricht. Dem sozialpsychologischen Erklärungsmuster der individuellen Wahlentscheidung folgend, fragen die Forscher danach, ob es Angleichungen in den Bestimmungsgründen für die Wahlentscheidungen der Ostdeutschen an die der Westdeutschen gegeben hat. Die Vertreter dieses Ansatzes betrachten die individuellen Bedingungen des Wählens, und kommen zu dem Ergebnis, dass sich diese im Laufe des Transformationsprozesses an westdeutsche Muster angeglichen haben. Somit ist auch das Wahlverhalten in Ostdeutschland von der langfristigen Parteibindung und den situativen Faktoren - Sachfragenorientierung und Kandidatenpräferenz - beeinflusst.

Die zeitlich zuletzt formulierte Erklärung des ostdeutschen Wahlverhaltens ist die **Kristallisationsthese**, die versucht das unterschiedliche Wahlverhalten zwischen Ost- und Westdeutschen zu erklären. Als theoretischer Ausgangspunkt dienen wieder die sozialstrukturellen Ansätze. Bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998 hat sich der Eigensinn des gruppenspezifischen Wahlverhaltens in Ostdeutschland erneut gezeigt. Diese These geht davon aus, dass es eine Angleichung des Beziehungsgefüges Sozialstruktur und Wahlentscheidung in Ostdeutschland an das westdeutsche Muster gegeben hat (wie dies auch durch die Konvergenzthese postuliert wird). Gleichzeitig sind aber spezifisch ostdeutsche Strukturmuster entstanden, die sich vermutlich nicht in absehbarer Zeit verflüchtigen. Im Gegenteil zeigen auch die Wahlen nach 1994, dass es Muster im ostdeutschen Wahlverhalten gibt, die sich immer weiter festigen. Die Kristallisationsthese berücksichtigt also spezifische ostdeutsche Einstellungen, die das Wahlverhalten mitbestimmen und integriert somit die politische Kultur der neuen Bundesländer in die Analyse des Wahlverhaltens.

2.2 Politisierung der Sozialstruktur

Zunächst wird die Verbindung zwischen der Sozialstruktur und dem Parteiensystem in Ostdeutschland untersucht. In Westdeutschland hat sich in der Nachkriegszeit ein stabiles Muster entwickelt. Die gesellschaftlichen Großkonflikte (Staat vs. Kirche und der Klassenkonflikt) spielen noch heute eine bedeutende Rolle für die Anhängerschaften der Volksparteien CDU und SPD. Ob es Ähnlichkeiten in der politisierten Sozialstruktur in Ostdeutschland gibt, soll im Folgenden im Vordergrund der Betrachtungen stehen. Kann man wie Roth (1990) von einer Tabula-Rasa-Situation in Ostdeutschland ausgehen? Haben die gesellschaftlichen Konfliktlagen die Zeit des DDR-Sozialismus im Sinne der Kontinuitätsthese überdauert oder sind sie in einer modifizierten Form aufrechterhalten worden, wie die Kristallisationsthese postuliert?

Aber auch für die Konvergenzthese und der damit verbundenen Herausbildung von Parteibindungen spielen diese Zusammenhänge eine wichtige Rolle, denn ganz am Anfang des sozialpsychologischen Kausalmodells stehen die sozialstrukturellen Positionen der Bürger und die politische Sozialisation, über die sich Parteibindungen formieren (vgl. Schmitt 2001: 628).

Von einer politisierten Sozialstruktur spricht Pappi, wenn wichtige soziale Gruppen Koalitionen mit politischen Parteien eingehen (Pappi 2002: 25). Die politischen Eliten transformieren dabei soziale Spaltungen in gesellschaftliche Konfliktlinien, indem sie mit gesellschaftlichen Großgruppen Bündnisse eingehen.

Die politisierte Sozialstruktur wird auf Seiten der gesellschaftlichen Bedingungen sichtbar, wenn die Mitglieder der sozialen Gruppe, die eine Koalition mit einer bestimmten Partei eingegangen sind, diese proportional eher wählen, als Nichtmitglieder.

„Bei den entlang der verschiedenen Cleavages organisierten Gruppen handelt es sich darüber hinaus in der Regel auch um relativ homogene sozial-moralische Milieus“ (Bürklin/Klein 1998: 74).

Innerhalb dieser Milieus ist der soziale Druck zur Wahl der Bündnispartei relativ hoch und somit können sich längerfristige Bindungen an die Parteien entwickeln, die zu einem konstanten Wahlverhalten führen.

Im Vorfeld der Wahl 1990 wurden von verschiedenen Forschern Äußerungen zum vermuteten Wahlergebnis gemacht. Die sozialstrukturelle Zusammensetzung der ostdeutschen Bevölkerung ließ die Vermutung entstehen, dass mit einem guten Abschneiden der SPD zu rechnen ist. Die Kontinuitätsthese postuliert, dass sich das Grundmuster der Konfliktlinien, wie es sich zu Zeiten der Weimarer Republik kristallisierte, trotz der langen Unterbrechung erhalten blieb. Die Cleavage-Struktur auf dem Gebiet der späteren DDR wies zu Zeiten der Weimarer Republik einige Besonderheiten auf. So war die Bevölkerung überwiegend protestantisch, es gab besonders im industrialisierten Süden hohe Arbeiteranteile und die laizistischen Arbeiterparteien konnten überdurchschnittliche Erfolge verbuchen. Es gab dort also sozialdemokratische bzw. kommunistische Hochburgen (vgl. Bürklin/Klein 1998: 170, Schmitt 1995: 186, Schmitt 1997: 425). Auch später weist die Bevölkerung Ostdeutschlands einen niedrigen Anteil an Katholiken auf, einen hohen Grad an Säkularisierung, sowie einen hohen Teil an Arbeitern und kleinen Angestellten, damit ist eine potenziell linke Wählerschaft umschrieben (von Winter 1996: 300). Das tatsächliche Wahlergebnis bestätigte die im Vorfeld gemachten Vermutungen jedoch nicht. Für die Allianz für Deutschland votierten 55 % der Arbeiter, für die SPD hingegen lediglich 22 %. Diese Tatsache führte zu einer rationalen Interpretation der Wahl (Roth 1990, Roth/Emmert 1994: 242). Nach dieser war allein das Thema der deut-

schen Einheit für das Abstimmungsverhalten der Ostdeutschen verantwortlich. Es gab keine sozialdemokratischen Stammwähler mehr und die Prophezeiung Helmut Kohls von den „blühenden Landschaften“ im Osten hatte in dem Sinne Wirkung erzielt, dass sich in der Wahlnacht die SPD- in CDU-Hochburgen verwandelten (Kuppe 2000: 86f). Nach diesen Beobachtungen gilt die Kontinuitätsthese für den Zusammenhang zwischen Wahlverhalten und dem Klassenkonflikt nicht (Schmitt 1997: 427). Der religiöse Konflikt scheint die Unterbrechung jedoch überdauert zu haben. Der Anteil der Katholiken für die CDU betrug bei der 90er Wahl über 60 %, der Anteil der Protestanten, die für die CDU votierten über 50 %. Zu verallgemeinern wäre, dass nur diejenigen traditionellen Cleavages wieder aufleben konnten, die auch zu DDR-Zeiten zumindest in einer modifizierten Form weiter existierten.

Nach Thomas von Winter (1996) haben in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung vier sich gleichzeitig vollziehende Prozesse der Politisierung der Sozialstruktur stattgefunden, die er innerhalb der Kristallisationsthese beschreibt. Diese werden im Folgenden kurz dargelegt.

Erstens kam es zu einer Wiederbelebung von traditionellen Elementen der Konfliktstruktur. Dies betrifft den religiösen Konflikt. Deutlich wird dies durch das Wahlverhalten der kirchlich gebundenen Wähler, die seit der ersten freien Wahl überproportional für die CDU votieren². Dies stellt eine der wenigen Konstanten im Wählerverhalten der Ostdeutschen dar. Der Dauerkonflikt zwischen Staat und Kirche spielte auch in der DDR eine wichtige Rolle.

Die Kirchen konnten als einzige Institution in der sozialistischen Einheitsgesellschaft ihre organisatorische Selbständigkeit erhalten. Sie galten in der DDR als Symbol der Systemdistanz, weshalb der Konflikt zwischen Kirchen und dem sozialistischen Staat permanent in der Gesellschaft schwelte (Kreikenbom 1998: 38). Somit wurden sie in der DDR zu einem Sammelbecken für diejenigen, die sich kritisch mit dem DDR-System auseinandersetzen. Dies führte zu einer Vergemeinschaftung der Kirchenmitglieder, die durch objektiv und subjektiv abgegrenzte Zugehörigkeit, gemeinsame Überzeugungen und eine organisierte Infrastruktur gekennzeichnet ist (Schmitt 1993: 436, 1995: 200). In diesem Sinne ist bei den religiös motivierten Wählern von einem eigenständigen Milieu auszugehen.

Zweitens ist im politischen Prozess eine Virtualisierung DDR-spezifischer Konfliktmuster zu erkennen. Die Kollektivierung der Wirtschaft führte nicht zum Aufheben der sozialen Rangordnung, sondern schuf neue soziale Hierarchien (vgl. Schmitt 1995: 201). Als DDR-spezifisches Klassencleavage kann der die sozialistische Gesellschaft prägende Konflikt zwischen ausführenden Arbeitern und Parteionomenklatur bezeichnet werden (Roth/Emmert 1994: 242). In den ersten gesamtdeutschen Wahlen polarisierten sich dadurch die Befürworter und

Gegner der schnellen Vereinigung. Die erste Gruppe votierte mehrheitlich für die Allianz, die eine schnelle Vereinigung befürwortete und brachte damit ihre Unzufriedenheit mit den alten Verhältnissen zum Ausdruck. Die zweite Gruppe fürchtete um sozialen Abstieg und ihre Existenz. Somit waren die Mitglieder dieser Gruppe einer schnellen Vereinigung abgeneigt und wählten vorrangig die PDS. Schmitt spricht dieser Gruppe (zu der die Führungsschicht der SED-Parteifunktionäre zählen und diejenigen, die über Parteikarrieren in Leitungspositionen gekommen sind) Milieucharakter zu (Schmitt 1995: 202). Dieser aus der DDR-Zeit resultierende Konflikt verschwindet jedoch über die Zeit, und es lassen sich daraus zwei weitere Prozesse aufzeigen.

Zum einen fand eine partielle Übertragung von Konfliktlinien statt. Das betrifft den traditionellen Klassenkonflikt. Die mit der sozialen Hierarchie verbundenen Interessengegensätze haben bislang nicht zu einer vergleichbaren Milieubildung, wie bei dem religiösen Konflikt, geführt. Durch das Fehlen der stratifikatorischen Basis und der politisch-institutionellen Repräsentation des sozio-ökonomischen Konfliktes verblasste das Klassencleavage in der DDR (Kreikenbom 1998: 39). Schmitt (1995) begründet diesen Fakt damit, dass es in der DDR keine Abgrenzung der Arbeiterschaft zu anderen Werktätigen gegeben hat. Die Gleichschaltung der Gewerkschaften und Berufsverbände hatte verhindert, dass gemeinsame arbeitsweltliche Lebenslagen zur Formierung sozialer Großgruppen führten.

Die SPD verfügt in Ostdeutschland keineswegs über eine breite Basis in ihrem klassischen Wählerpotential, der Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften fielen als wichtigste Vermittlungsinstanz von Wahlnormen für die Arbeiter in der DDR aus, somit entschied sich diese Gruppe für die klarste Alternative zu den alten politischen Verhältnissen. Jedoch ist eine abnehmende Neigung der Arbeiter in Ostdeutschland zu erkennen, die CDU zu wählen, während die Anteile der Arbeiter, die für die SPD votieren, wächst³. Im Gegensatz zum religiösen Cleavage kann jedoch nicht von einer Wiederbelebung gesprochen werden, der Klassenkonflikt wird in Ostdeutschland sozusagen nachträglich mit der sozialen Ausdifferenzierung der Gesellschaft etabliert. Wie vermutet wird, führt die zunehmende sozialstrukturelle Angleichung an die westdeutsche Bevölkerung auch zu einer Annäherung im politischen Verhalten. Das Wahlverhalten wird in den östlichen Bundesländern auch über die soziale Position der Wähler beeinflusst, jedoch nicht über Gruppennormen, wie in Westdeutschland, sondern über individuell wahrgenommene Interessenlagen.

² Dies gilt für Katholiken und Protestanten in den neuen Bundesländern gleichermaßen.

³ Bei der Volkskammerwahl 1990 lag der Anteil der Arbeiter, die für die SPD stimmten bei 22 %, 1994 stieg er auf 35 % an und 1998 votierten 39 % für die SPD. Damit lag 1998 der Anteil der Arbeiter, die in Ostdeutschland für die SPD stimmten, zum ersten Mal über dem Anteil der CDU-Wähler in der Arbeiterschaft. Dieser betrug bei der Bundestagswahl 1998 27 % (Emmert et al. 2001: 46).

Des Weiteren ist die Entstehung einer neuen territorialen Konfliktlinie zu erkennen, die im Parteiensystem durch die PDS repräsentiert wird. Die PDS wird von einer stabilen Stammwählerschaft unterstützt, die sich aus dem ehemaligen Führungspersonal und den überzeugten Anhängern des alten Regimes zusammensetzt. Dieser Personenkreis kann als Milieu verstanden werden, da er über gemeinsame Erfahrungen verfügt, durch enge Kontaktnetze zusammengehalten wird und sich von anderen abgrenzt (Schmitt 1993: 436). Dies wird durch eine stabile Wählerschaft der PDS von rund 20 % der Ostdeutschen bestätigt. Das Drei-Parteiensystem der neuen Bundesländer hat sich in den Wahlen seit 1990 fest etabliert. 1990 konnten die drei Parteien 78 % der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen, 1994 waren es 90 % und 1998 85 % (Emmert et al. 2001: 20).

Es zeigt sich also, dass die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Bevölkerung in Ostdeutschland für Wahlen eine Rolle spielt und keineswegs nach den ersten freien Wahlen von 1990 von einer Tabula-Rasa-Situation auszugehen ist. Auf den makrosoziologischen Ansatz zurückgehend, erklären die gesellschaftlichen Konfliktlagen Stabilitäten im Wählerverhalten. Will man die Volatilität des Wahlverhaltens erklären, spielen die sozialstrukturellen Bezüge wohl eher eine untergeordnete Rolle. Für die Erklärung des wechselnden Wahlverhaltens können kurzfristige Orientierungen der Bürger dienen. Zunächst sollen jedoch die Bindungen der ostdeutschen Bürger an die politischen Parteien betrachtet werden.

2.3 Anwendbarkeit des Konzeptes Parteiidentifikation

Die Annahme der Stunde Null, wie sie Roth (1990) vertritt, schließt die Übertragbarkeit des Konzeptes auf Ostdeutschland aus. Langfristig angelegte Parteibindungen könne es aus dieser Sicht nicht geben, da das Parteiensystem erst nach der Wende eingeführt wurde. Aus dieser Feststellung folgert er, dass das Wahlverhalten zumindest unmittelbar nach der Wiedervereinigung allein durch Sachfragenorientierungen bestimmt war.

„Da, so die Vermutung, die Bürgerinnen und Bürger der fünf neuen Länder keinerlei Erfahrungen mit dem westdeutschen System der politischen Interessenvermittlung besaßen, waren sie auch nicht in die historisch gewachsenen Repräsentationskoalitionen, die Cleavages, hineinvermittelt und konnten folglich auch keine affektiven Bindungen an die westdeutschen Parteien herausgebildet haben“ (Bürklin/Klein 1998: 168).

Im Gegensatz dazu stellten Kreikenbom und Bluck (1994, 1996) die These auf, dass die Bürger der DDR schon vor der Wende Bindungen an die Westparteien entwickelt haben, was sich durch die Bindungen vieler DDR-Bürger an die Bundesrepublik vor der Wende zeigt. In ihren empirischen Untersuchungen bestätigt sich diese Annahme. Die *Quasiparteibindungen* wer-

den mit der breiten Nutzung der Westmedien und der zunehmenden Entfremdung der Bevölkerung von der Elite seit den 80er Jahren begründet. Durch die westlichen Medien waren die Bürger der DDR über das bundesdeutsche Parteiensystem informiert und konnten bei jeder Bundestagswahl im Geiste mitwählen. Dies hat die Fortdauer bereits vorhandener und das Entstehen neuer Parteibindungen nach der Vereinigung gefördert. Bei der Volkskammerwahl von 1990 haben diese Vorwende-Orientierungen das Wahlverhalten nicht weiter strukturiert, denn das Vereinigungs-Issue war für diese Wahl überragend wichtig.

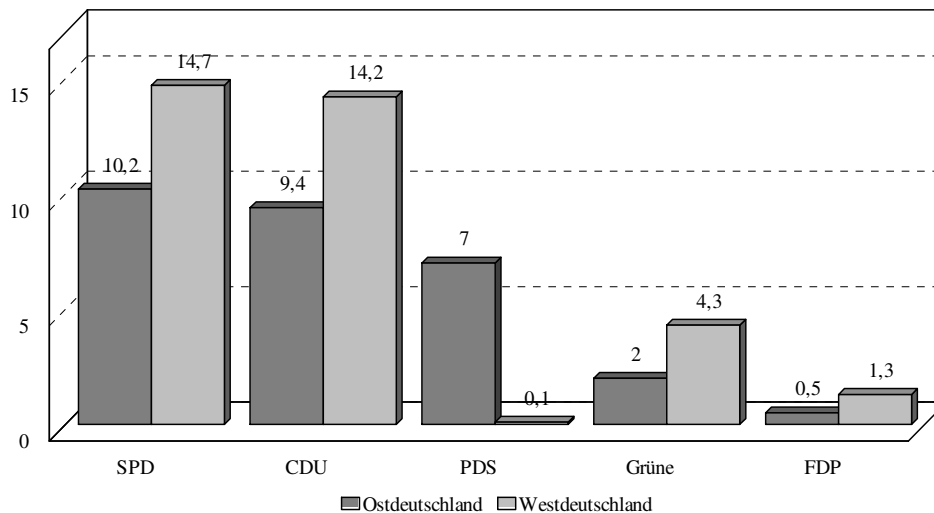
Rattinger (1994a, 1994b) folgt dem Ansatz von Kreikenbom und Bluck (1994, 1996) und argumentiert, dass viele DDR-Bürger über die westdeutsche Parteipolitik informiert waren. Von der Haltung der westdeutschen Parteien zur deutschen Teilung bzw. Einheit vor der Wende leitet er eine mögliche Identifikation mit den Westparteien ab. Er folgert, dass sich für diejenigen, die den Fortbestand der Teilung befürworteten, die SED als Identifikationspartei bot. Für die, die auch weiter von der Teilung der beiden deutschen Staaten ausgingen, aber keine Ausgrenzung wollten, standen seit der sozial-liberalen Koalition SPD und FDP zur Verfügung, und für jene Teile der Bevölkerung, die die Einheit der beiden Staaten befürworteten, gab es die CDU als Identifikationspartei, deren Politik seit der Teilung der deutschen Staaten auf eine Wiedervereinigung ausgerichtet war (Rattinger 1994b: 79). Zu DDR-Zeiten und zu Beginn des Transformationsprozesses war das eine zentrale Konfliktlinie, entlang der sich dauerhafte Bindungen an Westparteien formieren konnten (Rattinger 1994b: 79). Diese Argumentation unterstreicht die Annahme, dass die Bildung von Parteiidentifikationen für den Osten Deutschlands auch über die Einstellungen zu einer politischen Sachfrage konstruiert werden kann und stimmt mit dem revidierten sozialpsychologischen Modell überein, nach dem von politischen Sachfragen eine rückkoppelnde Wirkung auf die Parteiidentifikation ausgehen kann. Für Rattinger ist somit das Konzept problemlos auf den Osten übertragbar.

Die Existenz von Vor-Wende-Orientierungen unterstreichen auch die Untersuchungen von Gluchowski und Zelle (1992). Sie folgern, dass Parteiidentifikationen in Ostdeutschland in einem solchen Maße vorhanden sind, dass kurzfristige Enttäuschungsreaktionen der Wähler weniger zu beobachten sein werden, als in den neuen osteuropäischen Demokratien. Jedoch werden die ostdeutschen Wähler im Vergleich zu den Westdeutschen stärker auf Enttäuschungen in Bezug auf den Erfolg der Transformation und die nicht erfolgte Angleichung der Lebensverhältnisse reagieren (Gluchowski/Zelle 1992: 267).

2.4 Parteiidentifikationen und Sozialstruktur

Ein Blick auf die Aggregatverteilung der Parteiidentifizierer in Ost- und Westdeutschland zeigt, dass sich in Ostdeutschland die meisten Bürger mit einer der beiden Volksparteien identifizieren (siehe Abbildung 2.1). Den höchsten Anteil an Parteiidentifizierern weist die SPD mit 10,2 % auf. Der Anteil derjenigen, die angeben, sich mit der CDU zu identifizieren, liegt in Ostdeutschland bei 9,4%. Für die Volksparteien liegt der Anteil der Identifizierer in den neuen Ländern im Schnitt rund 4 % unter dem Anteil der Identifizierer in den alten Ländern. Von 7 % der Befragten in Ostdeutschland wird eine Affinität zur PDS angegeben, dies verdeutlicht die regionale Stärke dieser Partei in den neuen Ländern. Nur 2 % der Befragten fühlen sich mit den Grünen verbunden und eine Verbundenheit mit der FDP geben lediglich 0,5 % der Befragten an. Das verdeutlicht abermals die untergeordnete Rolle, die die Grünen und die FDP im ostdeutschen Partienspektrum spielen.

Abbildung 2.1: Anteile der Parteiidentifizierer in Ost- und Westdeutschland 1998



Datenbasis: Deutsche CSES-Studie 1998; Angaben in %.

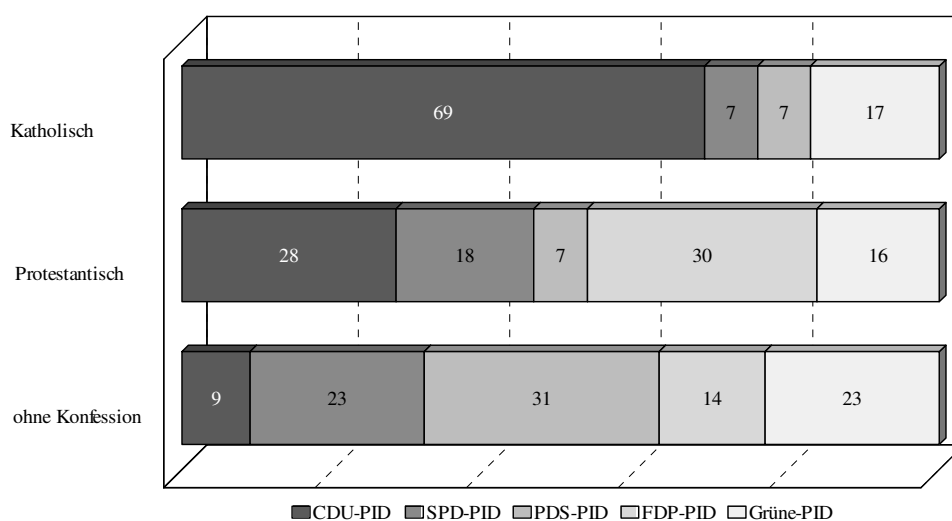
Von dieser Verteilung der Parteibindungen ausgehend, soll die Frage beantwortet werden, ob nach sozialstrukturellen Merkmalen die Parteiidentifikationen in den neuen Bundesländern unterscheidbar sind. Sind sie wie in der alten Bundesrepublik auch sozialstrukturell vermittelt? Auf welches Wählerklientel können die einzelnen Parteien zurückgreifen?

Konfession

Beim Zusammenhang zwischen Konfession und Parteibindung wird zunächst deutlich, dass in der Gruppe der Katholiken ein überproportionaler Anteil (69 %) an CDU-Identifizierern zu verzeichnen ist (vgl. Abbildung 2.2). Auch bei den Protestanten ist eine starke Affinität zu den Unionsparteien zu erkennen (28 %). Der höchste Anteil der Protestanten wird jedoch von

der FDP gebunden (30 %). Geringere Anteile dieser Gruppe binden die SPD (18 %) und die Grünen (16 %). Da sich die Bevölkerung in Ostdeutschland durch einen hohen Anteil an Konfessionslosen auszeichnet (58 %), ist die Verteilung in dieser Gruppe besonders interessant. 31 % der konfessionell Ungebundenen kann die PDS an sich binden. Für die Grünen und die SPD ist zu sagen, dass sich in dieser Gruppe je 23 % zu einer der Parteien hingezogen fühlen. Den geringsten Anteil der Konfessionslosen kann die CDU an sich binden (9 %).

Abbildung 2.2: Parteiidentifikation nach Konfession – neue Bundesländer 1998



Datenbasis: Deutsche CSES-Studie 1998; PID=Parteiidentifikation; Angaben in %. Die ostdeutsche Bevölkerung verteilt sich nach Konfessionsgruppen 1998 wie folgt: 7 % sind katholisch, 35 % sind protestantisch und 58 % sind konfessionslos.

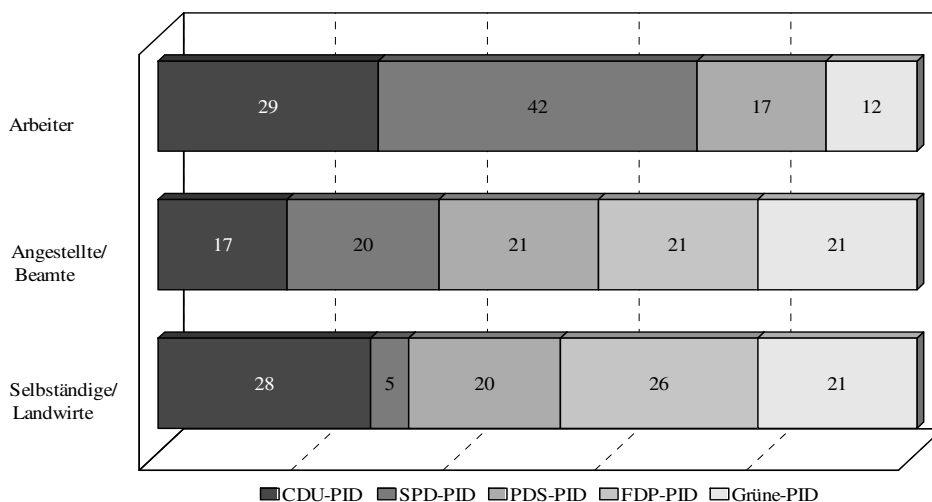
Diese Ergebnisse verdeutlichen die Bedeutung der religiösen Konfliktlinie für die Existenz von Parteibindungen in Ostdeutschland. Am deutlichsten unterscheiden sich bei dem Merkmal der Konfession die das ostdeutsche Parteiensystem strukturierenden Antipoden CDU und PDS. Während die CDU am stärksten die kirchlich gebundenen Segmente der ostdeutschen Gesellschaft an sich bindet, ist es bei denjenigen ohne Konfession die PDS.

Berufsgruppen

Nachdem für die Konfession eindeutige Beobachtungen gemacht wurden, soll des weiteren nach den Berufsgruppen unterschieden werden (Abbildung 2.3). Für die Gruppe der Arbeiter (insgesamt 23 % der Ostdeutschen) ist festzuhalten, dass 1998 mit einem Anteil von 42 % die meisten Befragten eine SPD-Identifikation angaben, die CDU schafft 29 % dieser Gruppe an

sich zu binden. Mit der PDS fühlen sich 17 % der Arbeiter verbunden, mit den Grünen 12%. Für die große Gruppe der Angestellten und Beamten (68 % in der ostdeutschen Bevölkerung) ist zu sagen, dass sich jeweils ein Fünftel der Befragten an die SPD, die PDS und die FDP gebunden fühlt. Den geringsten Anteil der Angestellten und Beamten kann die CDU auf sich verbuchen (17 %). Für die Selbständigen und Landwirte ist zu sehen, dass der höchste Anteil (28 %) sich in dieser Berufsgruppe mit der CDU identifiziert. Auf ähnlichem Niveau befindet sich der Anteil, der zur FDP neigt (26 %). Auch die Grünen und die PDS können je ein Fünftel der Selbständigen an sich binden. Lediglich 5 % der SPD-Identifizierer sind der Gruppe der Selbständigen und Landwirte zuzurechnen.

Abbildung 2.3: Parteiidentifikation nach Berufsgruppen – neue Bundesländer 1998



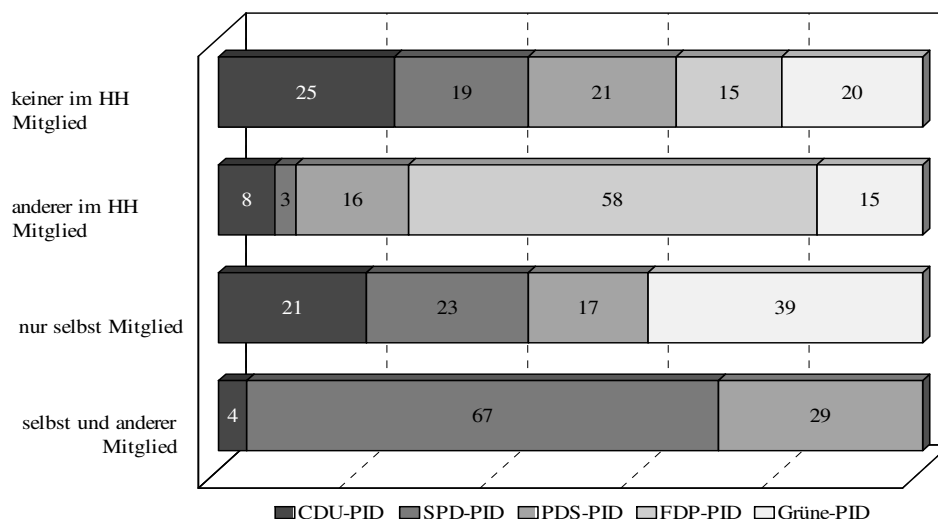
Datenbasis: Deutsche CSES-Studie 1998; PID=Parteiidentifikation; Angaben in %. Die Verteilung der ostdeutschen Bevölkerung nach Berufsgruppen stellte sich 1998 wie folgt dar: 9 % Selbstständige, 23 % Arbeiter und 68 % Angestellte und Beamte.

Die Ergebnisse für die Berufsgruppen fallen diffuser als für die Konfessionsgruppen aus. In der Tendenz ist jedoch erkennbar, dass sich die meisten Arbeiter mit der SPD verbunden fühlen, die meisten Selbständigen hingegen mit der CDU und der FDP. Angestellte und Beamte stellen die Gruppe mit dem flexibelsten Wahlverhalten dar (vgl. Gluchowski/Wilamowitz-Moellendorff 1997: 203). Diese Beobachtungen lassen Annäherungen an westdeutsche Muster erkennen. Der Klassenkonflikt scheint sich nun auch in Ostdeutschland zu etablieren. Jedoch ist ferner festzuhalten, dass die PDS als linke Partei aus dem Rahmen fällt und nur einen geringen Arbeiteranteil an sich bindet, sowie einen relativ hohen Anteil an Selbständigen.

Gewerkschaftsbindung

Auch die Interessenvertretung durch Gewerkschaften spielt für die Identifikation mit politischen Parteien eine bedeutende Rolle. Die Gewerkschaftsmitgliedschaft ist ein Indikator der Zugehörigkeit zu einem der beiden Lager im Klassenkonflikt zwischen Arbeit und Kapital (Schmitt 2001: 638). Gewerkschaften sind insbesondere mit politischen (Arbeiter-)Parteien mehr oder minder eng verbunden. Mit deutlichem Abstand vor den anderen Parteien geben 67 % der stark gewerkschaftlich Gebundenen⁴ eine SPD-Neigung an (vgl. Abbildung 2.4). In der selben Gruppe geben 29 % an, sich mit der PDS verbunden zu fühlen. Bei der Gruppe derjenigen, die angaben, nur selbst Gewerkschaftsmitglied zu sein, ist auffällig, dass der größte Anteil sich mit den Grünen identifiziert (39 %). Den zweitgrößten Anteil hat hier wiederum die SPD (23 %).

Abbildung 2.4: Parteiidentifikation und Gewerkschaftsbindung – neue Bundesländer 1998



Datenbasis: Deutsche CSES-Studie 1998; PID=Parteiidentifikation; Angaben in %. 72 % der Ostdeutschen haben keine Gewerkschaftsbindung, schwache Gewerkschaftsbindung haben 9 %, 12 % haben eine mittelstarke Bindung und 7 % weisen eine starke Gewerkschaftsbindung auf.

Für diejenigen mit schwacher Gewerkschaftsbindung⁵ zeigt sich, dass der größte Anteil dieser Gruppe sich mit der FDP verbunden fühlt (58 %), die SPD hat hier mit 3 % den geringsten Anteil. Die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung ist jedoch nicht gewerkschaftlich gebunden (72 %). Für diese Gruppe zeigt sich die höchste Affinität zur CDU (25 %), gefolgt von dem Anteil, den die PDS an sich bindet (21 %).

⁴ Stark gewerkschaftlich gebunden sind diejenigen, die angaben, dass sie selbst und ein anderes Mitglied des Haushaltes Gewerkschaftsmitglieder sind.

⁵ Die schwache Gewerkschaftsbindung ergibt sich aus der Angabe, dass nur ein weiteres Haushaltsmitglied Mitglied einer Gewerkschaft ist, aber nicht der Befragte selbst.

Für die soziale Konfliktdimension ist die Gewerkschaftsnähe insbesondere für die SPD- und PDS-Affinität von herausragender Bedeutung, denn Gruppen mit Gewerkschaftsnähe bilden die Kernklientel sozialdemokratischer und kommunistischer bzw. extrem linker Parteien (Schmitt 2001: 638). Gewerkschaften sind die „ursprüngliche Form der Arbeiterbewegung und stellen bis heute eine ihrer organisatorischen Säulen dar“ (Lösche et al. 1996: 220). Wie die Daten zeigen, ist auch für Ostdeutschland festzuhalten, dass diejenigen Befragten, die eine Gewerkschaftsbindung ausweisen, potenziell stärker zu den linken Parteien (SPD und PDS) tendieren.

Insgesamt lässt sich anhand dieser Daten zeigen, dass die Parteiidentifikationen in Ostdeutschland sozialstrukturell verankert sind. Die starke Affinität der kirchlich gebundenen Bürger Ostdeutschlands an die CDU bestätigt die Relevanz des religiösen Cleavage. Die Neigung der Konfessionslosen zur PDS zeigt den anderen Pol dieser Konfliktlinie im ostdeutschen Parteiensystem. Die Bedeutung des sozialen Konfliktes ist nicht ganz so deutlich, aber dennoch ausgeprägt. Arbeiter neigen 1998 am stärksten zur Identifikation mit den Sozialdemokraten, Selbständige fühlen sich meist mit der CDU und der FDP verbunden. Der Zusammenhang mit der Gewerkschaftsbindung verdeutlicht, dass die Annahme, dass gewerkschaftlich Gebundene eher linken Parteien zugeneigt sind, auch für Ostdeutschland zutrifft.

Dennoch ist zu erwähnen, dass die Ergebnisse vorsichtig zu behandeln sind, da die vorliegenden Daten lediglich eine Querschnittsbetrachtung ermöglichten. Es wurde gezeigt, dass die Parteibindungen der einzelnen Parteien auch auf sozialstrukturelle Bezüge wie in den alten Bundesländern zurückzuführen sind, wenn auch auf einem teilweise geringeren Niveau. Diese geringere Verankerung lässt darauf schließen, dass für das Wahlverhalten in Ostdeutschland grundsätzlich von einer höheren Wechselbereitschaft auszugehen ist (Arzheimer/Falter 1998: 43).

2.5 Sachthemen und Kandidaten

Das sozialpsychologische Modell geht davon aus, dass die kurzfristigen Bedingungen der Wahlentscheidung unmittelbar vorgelagert sind. Diese werden ihrerseits von der langfristig angelegten Parteiidentifikation beeinflusst. Die Theorie postuliert, dass durch die Parteiidentifikation nicht nur die Wahlentscheidung, sondern auch die Einstellungen der Wähler zu politischen Sachfragen und Kandidaten beeinflusst sind, die sich wiederum direkt auf die Wahlentscheidung auswirken. Für die neuen Bundesländer ist dabei interessant zu sehen, ob die geringer ausgeprägten Parteibindungen durch einen stärkeren Einfluss der Kandidaten- und Sachfragenorientierungen substituiert werden. Es ist weiterhin davon auszugehen, dass insbesondere für Personen ohne Parteiidentifikation eine Orientierung an Kandidaten und Sach-

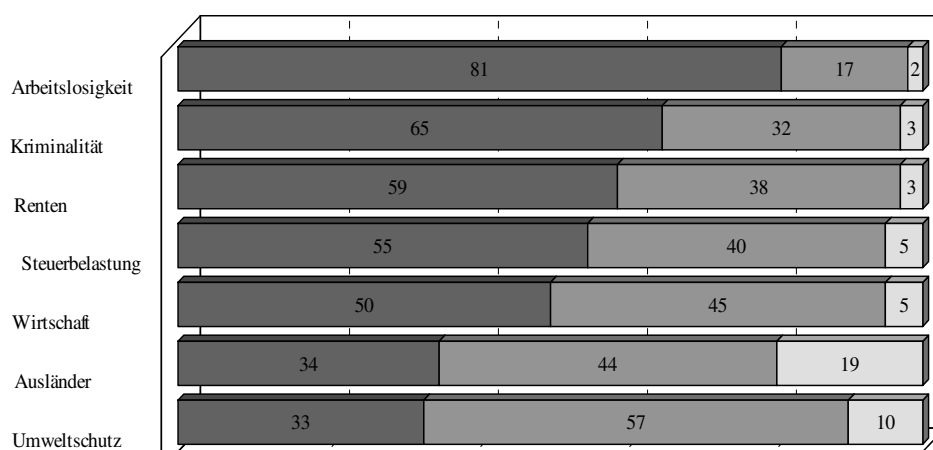
themen relevant ist (Brettschneider 2000: 112, 2001: 362). Diese Ausrichtung kann im Sinne des Rational-Choice-Ansatzes als rationales Wählen bezeichnet werden.

Die rationale Interpretation der 90er Wahl geht davon aus, dass die Voraussetzungen für den Fortbestand und die Herausbildung der Parteibindungen zerstört waren und somit nicht langfristig sozialstrukturell vermittelte Parteibindungen, sondern die Orientierung der Wähler an der politischen Sachfrage die Wahlentscheidung beeinflusst hat (Maier/Schmitt 2002: 83, Roth 1990). Das Vereinigungsthema war 1990 die alles entscheidende Sachfrage, für die die Parteien unterschiedliche Lösungsansätze vorlegten. Dabei standen sich in Ostdeutschland die Allianz (Befürworter der schnellen Vereinigung) und die PDS (als Gegner) gegenüber. Der Erfolg der Allianz bei den Arbeitern wird rational erklärt. Diejenigen, die am meisten unter den ökonomischen Missständen der DDR zu leiden hatten waren die Befürworter der schnellen Einführung der Marktwirtschaft. Der Erfolg der PDS im Norden der ehemaligen DDR und (Ost-) Berlin bestätigt die Annahme vom rationalen Wahlverhalten. Dort kann von Hochburgen der ehemaligen Verwaltungselite und SED-Kader gesprochen werden, denjenigen, die durch die Vereinigung ihre Deklassierung befürchteten, und überdurchschnittlich gegen die schnelle Wiedervereinigung votierten.

Im Vorfeld der Bundestagswahl 1994 war die Arbeitslosigkeit die wichtigste politische Sachfrage. Die Lösung wurde vorab eher der SPD zugetraut, als den Regierungsparteien. Der einsetzende Wirtschaftsaufschwung lenkte jedoch davon ab. Die Bürger waren mit der wirtschaftlichen Situation zufrieden und somit gab es keine rationale Erklärung, warum sie die bisherige Unionsregierung abwählen sollten. Denn ihr wurde der wirtschaftliche Aufschwung zugeschrieben (Roth 1998: 52). Auch die Wahlerfolge der PDS lassen sich rational erklären, als Ausdruck des in der Bevölkerung als zu geringen Fortschritt in der Angleichung der Lebensverhältnisse empfundenen Unmuts (Roth 1998: 53).

Das Thema Arbeitslosigkeit dominierte auch 1998 in Ostdeutschland (vgl. Abbildung 2.5).

Abbildung 2.5 Rangfolge der Wichtigkeit politischer Sachfragen – neue Bundesländer 1998



Datenbasis: Deutsche CSES-Studie 1998; Angaben in %.

Im Vergleich zu der Problemwahrnehmung im Wahljahr 1994 zeigen Brunner und Walz (2000: 37), dass diese in Ostdeutschland 1998 auf einem höherem Niveau lag als 1994, insgesamt führen sie diesen Umstand auf eine verschärfte Problemwahrnehmung im Wahljahr 1998 zurück. Das Thema Wirtschaftspolitik⁶ rangierte in der Prioritätenrangliste 1994 wesentlich höher als 1998, während soziale Themen eher eine untergeordnete Rolle spielten. Der Wahlerfolg der CDU 1994 zeigt, dass die Mehrheit der Ostdeutschen der Argumentationslinie der Union folgte, nach der eine boomende Wirtschaft für den Abbau der Arbeitslosigkeit sorgt.

Die Bedeutung der Themen innere Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität kann auf die Sozialisation in der DDR zurückgeführt werden. Diese Bereiche wurden als positive Seiten in der DDR empfunden, die dort besser gelöst wurden, als in der freiheitlichen Grundordnung der Bundesrepublik. Sie spiegeln das Sicherheitsbedürfnis vieler ostdeutscher Bürger wider.

Die Kandidatenorientierung ist insbesondere durch die Debatte um die Personalisierung der Politik in die Diskussion gekommen. Personalisierte Medienberichterstattung und personalisierte Wahlkämpfe lassen auf eine Aufwertung der Kandidaten bei Wahlentscheidungen schließen. Im parlamentarischen System der Bundesrepublik wird der Kanzler nur mittelbar gewählt, die straff organisierten Parteien weisen ein institutionelles Übergewicht auf. Jedoch wissen die Wähler aufgrund der Personalentscheidungen der Parteien welchen Kandidaten sie durch ihre Stimme ins Kanzleramt bringen können (Gabriel/Vetter 1998: 508). Somit kommt den Kandidatenorientierungen in der Bundesrepublik eine eigenständige Rolle zu.

Obwohl Brunner und Walz (2000) im Vorfeld der Wahl 1998 eine Abnahme der Kanzlerpräferenz für Schröder und eine Zunahme für Kohl ausmachten, hatte die SPD mit Gerhard Schröder als Kanzlerkandidaten 1998 einen Kandidatenbonus, der dem Amtsbonus von Helmut Kohl bis zur Wahl überlegen war (Brunner/Walz 2000: 43f, Brettschneider 2000: 125). Die Kompetenzzuschreibungen insbesondere für den Abbau der Arbeitslosigkeit fielen positiv für Schröder und negativ für Kohl aus. Jedoch kann dabei nicht von einer generellen personalen Entscheidung gesprochen werden. Vielmehr ist die Unzufriedenheit mit der Regierung die

Ursache für den Wechselwunsch der Wähler 1998 gewesen. Insbesondere in Ostdeutschland befürwortete die Mehrheit der Bevölkerung (64 %) im Vorfeld der Wahl einen Regierungswechsel (Brunner/Walz 2000: 47).

Für die Wechselwirkung zwischen Kandidatenorientierung und Bewertung der Parteien haben Gabriel und Vetter (1998) festgestellt, dass die Wählerschaft der SPD stärker zwischen der Partei und dem politischen Führer differenziert, als dies für die CDU der Fall ist, wo die Bewertungen der Kandidaten und die Einstellungen zur Partei weniger voneinander abweichen (Gabriel/Vetter 1998: 513). Dies bestätigt die These vom „Schröder-Sog“ (Weßels 2000: 38) bei der Bundestagswahl 1998, die davon ausgeht, dass der Kanzlerkandidat Gerhard Schröder die Sympathiebekundungen zugunsten der SPD 1998 verstärkt hat.

„Ein stärker auf die Spitzenkandidaten zugeschnittener, personalisierter Wahlkampf im Zusammenspiel mit einer massenmedialen Berichterstattung über Politik, die mehr und mehr auf Personalisierung und Visualisierung setzt, erhöht die Chancen, daß eine Wählerschaft, die immer weniger langfristig an die politischen Parteien gebunden ist, sich zunehmend auch an den Eigenschaften der zur Wahl stehenden Personen orientiert“ (Klein/Ohr 2001: 92).

Zusammenfassend ließ sich für die kurzfristigen Faktoren feststellen, dass für das Vorfeld der Bundestagswahl 1998 von einer erhöhten Problemwahrnehmung in den neuen Bundesländern auszugehen ist. Das Thema Arbeitslosigkeit ist seit 1994 die dominierende politische Sachfrage. Grund dafür ist die soziale und wirtschaftliche Lage der östlichen Bundesländer. Die Vertrauensvorschüsse, die den Parteien und Politikern bis 1994 zuteil wurden, scheinen aufgebraucht. Ebenso ließ sich zeigen, dass die 98er Wahl keine Personenwahl war, sondern eher durch einen Anti-Regierungseffekt begünstigt wurde. Das verdeutlicht die Unzufriedenheit der Bürger Ostdeutschlands mit den Ergebnissen des Transformationsprozesses.

Auf die eingangs beschriebenen Thesen bezogen, können die Ergebnisse wie folgt zusammengefasst werden. Die Annahme der Tabula-Rasa-Situation nach der Wende wurde verworfen. Zwar lässt sich für die 1990er Wahl eine Orientierung an dem Vereinigungsthema aufzeigen, jedoch haben die folgenden Wahlen gezeigt, dass diese Erklärung für die Modellierung des ostdeutschen Wählerverhaltens nicht ausreicht. Die Kontinuitätsthese gilt nur partiell, und zwar für den religiösen Konflikt. Der Klassenkonflikt hat den DDR-Sozialismus nicht überdauert und etabliert sich nun nachträglich. Weiterhin zeigt sich, dass die Konvergenzthese gilt und auch in Ostdeutschland Parteibindungen für die Orientierungen der Bürger an den politischen Parteien eine wesentliche Rolle spielen. Sie kann jedoch die Unterschiede

⁶ Diese nahm nach den für 1998 betrachteten Themen den zweiten Platz in der Prioritätenrangliste ein.

im Wahlverhalten zwischen Ost- und Westdeutschland und insbesondere die höhere Volatilität der Wahlentscheidungen in Ostdeutschland nicht hinreichend erklären. Vielmehr scheint die Kristallisationsthese das Wahlverhalten im Osten Deutschlands am besten zu beschreiben. Den spezifischen Einstellungen, die aus der Realität des Vereinigungsprozesses resultieren, insbesondere der sozialen Lage der Bevölkerung und der Unmut über die nicht erreichte Angleichung der Lebensverhältnisse, sowie der Sozialisation in der DDR kommt bei der Erklärung des politischen Verhaltens eine wesentliche Rolle zu.

Ob sich diese Hypothesen auch empirisch belegen lassen, wird in den folgenden Untersuchungen gezeigt.

3 EMPIRISCHER TEST

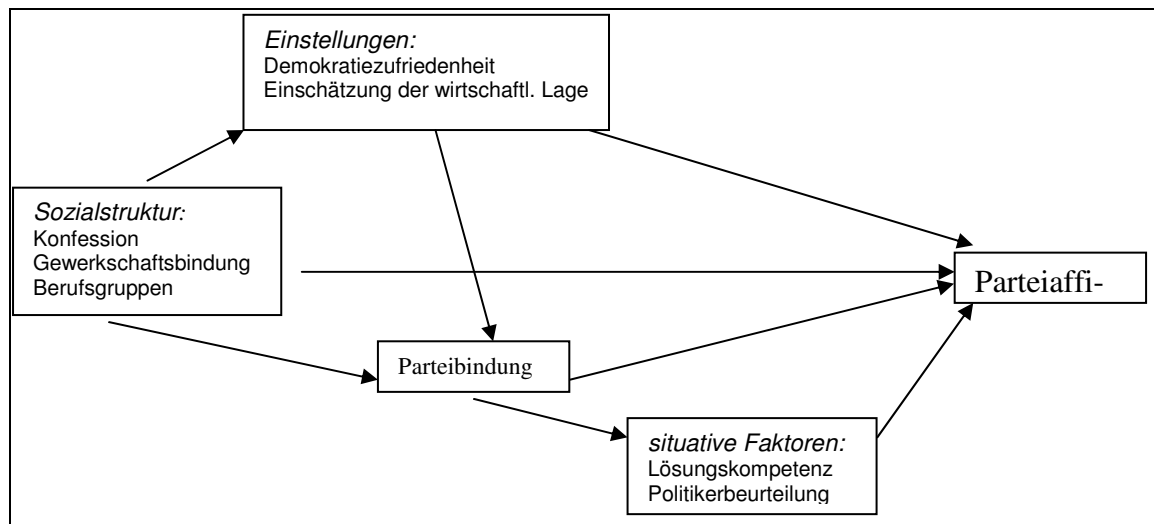
3.1 Daten und Methode

Als Analyseverfahren soll die multivariate lineare Regression zur Anwendung kommen. In der folgenden Untersuchung wird geklärt, wie stark der Einfluss der unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable ist. Gesucht ist dazu eine Regressionsgerade, die die abhängige Variable mit Hilfe der Informationen über die unabhängigen Variablen aufgrund eines linearen Ansatzes schätzt. Aufgrund der geringen Relevanz die die FDP und die Grünen im ostdeutschen Parteienspektrum spielen, werden an dieser Stelle nur Modelle für die CDU-, SPD- und PDS-Sympathie aufgestellt.

3.1.1 Kausalmodell

Als Grundlage der Analyse dient das in Abbildung 3.1 dargestellte Kausalmodell. Das Modell stellt eine Erweiterung des sozialpsychologischen Ansatzes dar. Da langfristig angelegte stabile Parteibindungen in Ostdeutschland seltener als in älteren Demokratien vorhanden sind, wird davon ausgegangen, dass sozialstrukturelle Variablen sich nicht lediglich in der Parteibindung abbilden, sondern eigenständige Effekte auf die Parteiaffinität haben. Eine zweite Erweiterung stellt die Berücksichtigung von Einstellungsfaktoren dar. Damit sind die in der Kristallisationsthese umschriebenen Variablen berücksichtigt.

Abbildung 3.1: Kausalmodell für die Erklärung von Parteisymphathien



Die Sozialstruktur ist allen anderen Faktoren vorgelagert. Die Stellung der Einstellungsvariablen im Kausalmodell ist nicht eindeutig auszumachen. Sie stellen situative Randbedingungen dar, die aber durchaus Stabilität aufweisen. Deshalb werden sie an zweiter Stelle in das Modell aufgenommen.

Ohne Frage ist die Parteibindung als langfristiger Faktor zu verstehen, der durch die Sozialstruktur und die Einstellungen beeinflusst wird. An zeitlich letzter Stelle befinden sich die Problemlösungskompetenz und die Politikerbeurteilung, die situativ leicht wandelbar sind und nach dem sozialpsychologischen Ansatz vor allem durch die Parteiidentifikation beeinflusst werden.

3.2 Hypothesen

Sozialstruktur

Hypothese 1 (H1):

Bei den sozialstrukturellen Variablen wird erwartet, dass die Konfessionszugehörigkeit für die CDU und die PDS einen höheren Erklärungswert als für die SPD aufweist, da gezeigt wurde, dass diese Parteien den religiösen Konflikt in Ostdeutschland repräsentieren.

Hypothese 2 (H2):

Da Belege dafür gefunden wurden, dass der Klassenkonflikt in Ostdeutschland von den Sozialdemokraten repräsentiert wird, ist anzunehmen, dass die Berufsgruppen Arbeiter sowie Angestellte/Beamte sich auf die SPD-Sympathie positiv auswirken sollte.

Hypothese 3 (H3):

Da Gruppen mit Gewerkschaftsnähe das Kernklientel linker und kommunistischer Parteien bilden, wird angenommen, dass die Gewerkschaftsbindung sich tendenziell stärker und in positiver Weise auf die Affinität zur SPD und zur PDS auswirken sollte als auf die Sympathie zur CDU.

Einstellungen

Hypothese 4 (H4):

Es wurde herausgearbeitet, dass ein nicht zu vernachlässigender Anteil der PDS-Affinitäten von Einstellungen zur Demokratie beeinflusst ist. Dementsprechend werden Effekte in der Analyse erwartet.

Hypothese 5 (H5):

Für die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage wird erwartet, dass sie einen positiven Effekt auf die CDU-Neigung hat und einen negativen für die PDS-Affinität aufweist.

Parteibindung

Hypothese 6 (H6):

Den Analysen liegt das sozialpsychologische Modell zugrunde. Es geht davon aus, dass die Parteibindungen einen wesentlichen Einfluss auf Wahlentscheidungen und Sympathiebekundungen für die politischen Parteien haben. Deshalb ist zu vermuten, dass sie insgesamt starke Effekte auf die Parteiaffinitäten aufweisen.

Hypothese 7 (H7):

Da die Anteile der Parteiidentifizierer für die Volksparteien am höchsten sind, ist zu erwarten, dass die Parteiidentifikation für die CDU und die SPD höhere Effekte auf die Sympathiebekundungen haben, als für die PDS.

Situative Faktoren

Hypothese 8 (H8):

Aus H5 lässt sich ableiten, dass die Affinität zur PDS eher auf situative Faktoren als auf die langfristige Parteibindung zurückzuführen ist.

Hypothese 9 (H9):

Wiederum davon ausgehend, dass in der Aggregatverteilung deutlich wird, dass die Volksparteien die höchsten Anteile an Identifizierern aufweisen, werden für die CDU und die SPD die Kandidateneffekte geringer erwartet, als für die PDS. Dabei ist weiterhin zu vermuten, dass Gerhard Schröder einen stärkeren Effekt aufweist als Helmut Kohl, im Sinne der These vom „Schröder-Sog“ (Weßels 2001) 1998.

Hypothese 10 (H10):

Die Popularität deutscher Spitzenpolitiker und die Ausrichtung der Wahlkämpfe auf die Kandidaten lässt darauf schließen, dass die Kandidateneffekte für alle betrachteten Parteien eine hohe Erklärungskraft aufweisen.

3.3 Ergebnisse für die einzelnen Parteien

3.3.1 CDU

Erklärungskraft des Modells:

Der erste Block, in dem die sozialstrukturellen Variablen aufgenommen waren, erklärt 7 % der Streuung der Parteiaffinität. Unter Hinzunahme der Einstellungsfaktoren werden bereits 14 % der Varianz erklärt. Die Erweiterung um die Stärke der Parteiidentifikation mit der CDU bewirkt eine Änderung in R-Quadrat um 13 %, mit dem dritten Block können bereits 27 % der CDU-Parteiaffinität erklärt werden. Die im letzten Block zusätzlich aufgenommenen Kurzzeitfaktoren bewirken eine Änderung in R-Quadrat um 23 %. Mit dem vollständigen Modell, das sozialstrukturelle Faktoren sowie Einstellungsvariablen und die Variablen des sozialpsychologischen Ansatzes enthält, werden 51 % der Varianz der CDU-Affinität erklärt (vgl. Zusammenstellung in Tabelle 3.3).

Tabelle 3.3: Erklärungskraft der Regressionsmodelle für die CDU-Sympathie – Ostdeutschland 1998

<i>CDU-Sympathie</i>	R ²	Korrigiertes R ²	Änderung in R ²	Änderung in F	Änderung in Signifikanz von F
Modell 1	0,074	0,067	0,074	10,749	0,000

Modell 2	0,148	0,138	0,074	23,427	0,000
Modell 3	0,283	0,274	0,136	101,908	0,000
Modell 4	0,518	0,509	0,234	130,364	0,000

Datenbasis: Deutsche CSES-Studie 1998; signifikant bei $\alpha \leq 0,05$.

Effekte der Koeffizienten:

Welche Faktoren sind zur Erklärung der CDU-Sympathie geeignet und weisen einen signifikanten Einfluss darauf auf (Tabelle 3.4)?

Für die sozialstrukturellen Merkmale ist der erwartete Einfluss der Konfessionszugehörigkeit erkennbar ($\beta=0,243$). Die konfessionelle Bindung übt einen hoch signifikanten positiven Einfluss auf die CDU-Sympathiebekundung aus. Dies zeigt die Relevanz der konfessionellen Konfliktlinie für die Affinität zu den Unionsparteien auf. Die Zugehörigkeit zu den Berufsgruppen Arbeiter, Angestellte/Beamte und die Gewerkschaftsbindung haben den erwartungsgemäßen negativen Einfluss auf die Neigung zur CDU.

Die im zweiten Block aufgenommene Demokratiezufriedenheit und die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage haben jeweils einen signifikanten Einfluss auf die CDU-Affinität. Die Demokratiezufriedenheit wirkt sich dabei positiv auf die Einschätzung der Partei aus ($\beta = -0,146$). Die positive Einschätzung der wirtschaftlichen Lage hat demgegenüber einen noch höheren Effekt (beta = $-0,189$). Die Konfessionszugehörigkeit erweist sich auch im 2. Block als signifikant und zeigt hier wiederum den höchsten Effekt ($\beta = 0,209$).

Tabelle 3.4: Bestimmungsgründe für die CDU-Sympathie, standardisierte Regressionskoeffizienten - neue Bundesländer 1998

Standardisierte Regressionskoeffizienten	Beta (β)	T	Signifikanz
Modell 1			
Konfessionszugehörigkeit	,243*	5,840	,000
Gewerkschaftsbindung	-,049	-1,175	,240
Arbeiter	-,115	-1,892	,059
Angestellte/Beamte	-,040	-,651	,515
Modell 2			
Konfessionszugehörigkeit	,209*	5,175	,000

Gewerkschaftsbindung	-,050	-1,228	,220
Arbeiter	-,105	-1,804	,072
Angestellte/Beamte	-,065	-1,102	,271
Demokratiezufriedenheit	-,146*	-3,398	,001
Wirtschaftliche Lage	-,189*	-4,447	,000
Modell 3			
Konfessionszugehörigkeit	,141*	3,736	,000
Gewerkschaftsbindung	-,042	-1,130	,259
Arbeiter	-,028	-,520	,603
Angestellte/Beamte	,012	,212	,832
Demokratiezufriedenheit	-,090*	-2,276	,023
Wirtschaftliche Lage	-,146*	-3,714	,000
Stärke CDU-PID	,390*	10,095	,000
Modell 4			
Konfessionszugehörigkeit	,101*	3,242	,001
Gewerkschaftsbindung	-,103	-,412	,681
Arbeiter	-,003	-,065	,948
Angestellte/Beamte	,051	1,145	,253
Demokratiezufriedenheit	-,010	-,298	,766
Wirtschaftliche Lage	-,063	-1,922	,055
Stärke CDU-PID	,177*	5,004	,000
CDU-Lösungskompetenz	,179*	4,941	,000
Politiker: Kohl	,464*	13,102	,000

*Datenbasis: Deutsche CSES-Studie 1998; signifikant bei $\alpha \leq 0,05$, die mit * gekennzeichneten und hervorgehobenen Koeffizienten sind statistisch signifikant; PID=Parteiidentifikation.*

Die im dritten Block als zusätzliche Variable aufgenommene Stärke der Parteiidentifikation mit der CDU weist in diesem Modell den höchsten Effekt auf ($\beta = 0,390$). Das heißt, dass eine starke Bindung an die Partei eine positive Sympathieeinschätzung begünstigt. Damit wird die durch das sozialpsychologische Modell gemachte Annahme bestätigt. Auch in diesem Block zeigt sich die Relevanz der Konfessionszugehörigkeit ($\beta = 0,141$). Für die Einstellungsvariablen ist festzustellen, dass die Demokratiezufriedenheit einen geringen signifikanten Effekt ausübt ($\beta = -0,090$), während die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage weiterhin einen höheren Effekt auf die Parteineigung hat ($\beta = -0,146$).

Die Einführung der situativen Variablen bewirken eine zusätzliche Erklärungsleistung dieses Modells. Der Einfluss der Konfessionszugehörigkeit kann auch in diesem Modell bestätigt werden ($\beta = 0,101$). Die Einstellungsvariablen zeigen keine signifikanten Effekte mehr. Die Stärke der Parteiidentifikation und die beiden kurzfristigen Faktoren bieten jeweils eine signifikante Erklärung. Als stärkster Faktor für die Neigung zur CDU erweist sich die Beurteilung des Kandidaten Helmut Kohl ($\beta = 0,464$). Diese ist gefolgt von der Problemlösungskompetenz, die der Union zugeschrieben wird ($\beta = 0,179$) und der Stärke der Parteiidentifikation mit der CDU ($\beta = 0,177$).

3.3.2 SPD

Erklärungskraft des Modells:

Die Erklärungskraft des Gesamtmodells für die SPD ist etwas niedriger als für die CDU. Das vollständige Modell kann 44 % der Streuung der SPD-Sympathie erklären (vgl. Tabelle 3.5).

Tabelle 3.5: Erklärungskraft der Regressionsmodelle für die SPD-Sympathie – Ostdeutschland 1998

SPD-Sympathie	R ²	Korrigiertes R ²	Änderung in R ²	Änderung in F	Änderung in Signifikanz von F
Modell 1	0,029	0,021	0,029	3,967	0,003
Modell 2	0,030	0,019	0,001	0,335	0,716
Modell 3	0,130	0,096	0,078	46,799	0,000
Modell 4	0,669	0,439	0,341	164,767	0,000

Datenbasis: Deutsche CSES-Studie 1998; signifikant bei $\alpha \leq 0,05$.

Die Erklärungsleistung der anderen Modelle zeigt, dass diese eine geringe Relevanz für die SPD-Neigung haben. Das erste sozialstrukturelle Modell erklärt lediglich 2 % der Varianz, durch die Einstellungsvariablen verbessert sich der Erklärungswert des Modells überhaupt nicht. Das dritte Modell erhöht die Erklärungsleistung um nur 8 %. Die Aufnahme der kurzfristigen Faktoren des sozialpsychologischen Modells bewirkt eine Änderung in R-Quadrat um 34 %.

Effekte der Koeffizienten:

Im ersten Block erweisen sich alle Variablen außer der Konfessionszugehörigkeit als signifikant (vgl. Tabelle 3.6). Den höchsten Effekt hat die Berufsgruppe der Angestellten und Beamten ($\beta = 0,153$). Da die Arbeiter einen geringeren Wert aufweisen ($\beta = 0,133$) lässt sich bestätigen, dass die SPD in Ostdeutschland nicht auf eine überdurchschnittliche Mobilisierung dieser Berufsgruppe zurückblicken kann. Auch die Gewerkschaftsbindung hat einen signifikanten Beitrag ($\beta = 0,097$).

Tabelle 3.6: Bestimmungsgründe für die SPD-Sympathie, standardisierte Regressionskoeffizienten – neue Bundesländer 1998

<i>Standardisierte Regressionskoeffizienten</i>	Beta (β)	T	Signifikanz
---	------------------	---	-------------

Modell 1			
Konfessionszugehörigkeit	-,047	-1,106	,269
Gewerkschaftsbindung	,097*	2,251	,025
Arbeiter	,133*	2,154	,032
Angestellte/Beamte	,153*	2,464	,014
Modell 2			
Konfessionszugehörigkeit	-,052	-1,205	,229
Gewerkschaftsbindung	,097*	2,235	,026
Arbeiter	,137*	2,197	,028
Angestellte/Beamte	,152*	2,439	,015
Demokratiezufriedenheit	-,034	-,735	,463
Wirtschaftliche Lage	-,003	-,076	,939
Modell 3			
Konfessionszugehörigkeit	-,035	-,834	,405
Gewerkschaftsbindung	,063	1,493	,136
Arbeiter	,115	1,925	,055
Angestellte/Beamte	,124*	2,065	,039
Demokratiezufriedenheit	-,010	-,226	,822
Wirtschaftliche Lage	-,004	-,094	,926
Stärke SPD-PID	,284*	6,841	,000
Modell 4			
Konfessionszugehörigkeit	-,027	-,812	,417
Gewerkschaftsbindung	,037	1,120	,263
Arbeiter	,072	1,518	,130
Angestellte/Beamte	,046	,968	,333
Demokratiezufriedenheit	-,030	-,853	,394
Wirtschaftliche Lage	,029	,835	,404
Stärke SPD-PID	,087*	2,496	,013
SPD-Lösungskompetenz	,079*	2,091	,037
Politiker: Schröder	,580*	15,354	,000

*Datenbasis: Deutsche CSES-Studie 1998; signifikant bei $\alpha \leq 0,05$; die mit * gekennzeichneten und hervorgehobenen Koeffizienten sind statistisch signifikant; PID = Parteiidentifikation.*

Die Einstellungsvariablen Demokratiezufriedenheit und Einschätzung der wirtschaftlichen Lage spielen für die SPD-Neigung gar keine Rolle. Die höchsten Effekte haben auch in diesem Block die sozialstrukturellen Variablen (Arbeiter und Angestellte/Beamte).

Die im dritten Block aufgenommene Stärke der Parteiidentifikation erweist sich als signifikant für die SPD-Sympathie ($\beta = 0,284$). Den zweitstärksten Effekt hat die Berufsgruppe der Angestellten und Beamten ($\beta = 0,124$).

Im vierten Block kann der signifikante Einfluss der Parteiidentifikation bestätigt werden ($\beta = 0,087$). Für die beiden zusätzlich aufgenommenen Variablen zeigt sich ein signifikanter Einfluss der generalisierten Problemlösungskompetenz ($\beta = 0,079$). Den höchsten Effekt auf die Sympathie zur SPD hat die Kandidatenbeurteilung Gerhard Schröders ($\beta = 0,580$). Dies bestätigt die These vom „Schröder-Sog“ (Weßels 2001) bei der Bundestagswahl 1998 und zeigt, dass die SPD nicht auf eine Wählerschaft bauen kann, die ihr die Lösung der Probleme in Ostdeutschland zutraut.

3.3.3 PDS

Erklärungskraft des Modells:

Zunächst ist festzustellen, dass mit dem vollständigen Modell die höchste Erklärungskraft im Vergleich zu den anderen Parteien erreicht werden kann. Mit den aufgenommenen Variablen können knapp 60 % der PDS-Sympathie erklärt werden. Die sozialstrukturellen Variablen im ersten Modell erklären 8 % der Varianz, die im zweiten Modell dazukommenden Variablen verbessern die Erklärungskraft um 2%. Das dritte Modell kann eine Verbesserung um 15 % erzielen und erreicht eine Erklärungskraft von 25 %. Mit dem vierten Modell wird schließlich eine Verbesserung der Erklärungskraft um 34 % erzielt (vgl. Tabelle 3.7).

Tabelle 3.7: Erklärungskraft der Regressionsmodelle für die PDS-Sympathie – Ostdeutschland 1998

<i>PDS-Sympathie</i>	R ²	Korrigiertes R ²	Änderung in R ²	Änderung in F	Änderung in Signifikanz von F
Modell 1	0,082	0,075	0,082	11,914	0,000
Modell 2	0,105	0,095	0,023	6,983	0,001
Modell 3	0,259	0,249	0,153	110,107	0,000
Modell 4	0,771	0,588	0,337	220,278	0,000

Datenbasis: Deutsche CSES-Studie 1998; signifikant bei $\alpha \leq 0,05$.

Effekte der Koeffizienten:

Für die im ersten Block einbezogenen sozialstrukturellen Variablen zeigt sich ein signifikanter negativer Einfluss der Konfessionszugehörigkeit ($\beta = -0,266$) (vgl. Tabelle 3.8). Wie schon gezeigt wurde, korrespondiert die Konfessionslosigkeit mit der PDS-Neigung. Die Berufsgruppen leisten keinen signifikanten Beitrag. Vom Betrag her erweist sich die Gewerkschaftsbindung als zweitstärkster jedoch nicht signifikanter Prädiktor ($\beta = 0,070$). Dies stimmt mit den oben gemachten Aussagen überein.

Von den Einstellungsvariablen, die im 2. Block hinzugefügt wurden, erweist sich nur die Demokratiezufriedenheit als signifikanter Effekt ($\beta = 0,137$). Mit zunehmender Unzufriedenheit mit der Demokratie geht eine wachsende Neigung zur PDS einher. Die Konfessionszugehörigkeit zeigt auch in diesem Modell einen signifikanten Beitrag zur Erklärung der PDS-Sympathie ($\beta = -0,245$).

Tabelle 3.8: Bestimmungsgründe für PDS-Sympathie, standardisierte Regressionskoeffizienten – neue Bundesländer 1998

<i>Standardisierte Regressionskoeffizienten</i>	Beta (β)	T	Signifikanz
Modell			
Konfessionszugehörigkeit	-,266*	-6,375	,000
Gewerkschaftsbindung	,070	1,667	,096
Arbeiter	-,030	-,497	,620
Angestellte/Beamte	,010	,162	,871
Modell 2			
Konfessionszugehörigkeit	-,245*	-5,870	,000
Gewerkschaftsbindung	,073	1,740	,082
Arbeiter	-,043	-,722	,471
Angestellte/Beamte	,015	,256	,798
Demokratiezufriedenheit	,137*	3,095	,002
Wirtschaftliche Lage	,039	,896	,370
Modell 3			
Konfessionszugehörigkeit	-,166*	-4,300	,000
Gewerkschaftsbindung	,074	1,957	,051
Arbeiter	,020	,361	,718
Angestellte/Beamte	,049	,905	,366
Demokratiezufriedenheit	,166*	2,879	,004
Wirtschaftliche Lage	,038	,953	,341
Stärke PDS-PID	,403*	10,493	,000
Modell 4			
Konfessionszugehörigkeit	-,067*	-2,317	,021
Gewerkschaftsbindung	,011	,405	,686
Arbeiter	,057	1,399	,162
Angestellte/Beamte	,034	,844	,399
Demokratiezufriedenheit	,122*	4,052	,000
Wirtschaftliche Lage	,014	,456	,649
Stärke PDS-PID	,172*	5,657	,000
PDS-Lösungskompetenz	,078*	2,801	,005
Politiker: Gysi	,635*	20,522	,000

*Datenbasis: Deutsche CSES-Studie 1998; signifikant bei $\alpha \leq 0,05$; die mit * gekennzeichneten und hervorgehobenen Koeffizienten sind statistisch signifikant; PID=Parteiidentifikation.*

Die im 3. Block aufgenommene Stärke der Parteiidentifikation weist den höchsten Effekt auf ($\beta = 0,403$). Die Konfessionszugehörigkeit und die Demokratiezufriedenheit ($\beta = -0,66$ bzw. $\beta = 0,66$) folgen weiterhin als signifikante Beiträge.

Im vollständigen Modell zeigt die Sympathieeinstufung von Gregor Gysi den höchsten Effekt ($\beta = 0,635$). Die Stärke der Parteiidentifikation steht als signifikanter Prädiktor an zweiter Stelle ($\beta = 0,172$), gefolgt von der Demokratiezufriedenheit ($\beta = 0,122$) und der an die PDS zugeschriebenen Problemlösungskompetenz ($\beta = 0,078$). Weiterhin ist in diesem Modell die Konfessionszugehörigkeit signifikant ($\beta = -0,067$).

3.4 Relatives Gewicht lang- und kurzfristiger Faktoren

Um das Gewicht der in die Analyse aufgenommenen Variablen über alle Parteien hinweg zu beurteilen, werden die nicht standardisierten Regressionskoeffizienten betrachtet. Diese sind in Tabelle 3.9 zusammengestellt. An diesem Abschnitt wird auf die Gültigkeit der in 3.2 formulierten Hypothesen eingegangen.

H1 besagte, dass die Konfessionszugehörigkeit insbesondere für die CDU und die PDS einen höheren Effekt als die übrigen sozialstrukturellen Variablen aufweisen sollte. Dies wird durch die Daten bestätigt. Die Berufsgruppen weisen für die Erklärung der Neigung zu diesen beiden Parteien keine signifikanten Beiträge auf. Die Konfessionszugehörigkeit erweist sich als günstig für die CDU-Sympathie ($b = 1,504$), während die Konfessionslosigkeit sich positiv auf die PDS-Sympathie auswirkt ($b = -1,792$). Unter Einbezug der anderen Variablen ist festzustellen, dass bis zum 3. Block die absoluten Werte der nicht standardisierten Regressionskoeffizienten der PDS höher sind, als für die CDU. Mit dem 4. Block kehrt sich dieses Verhältnis um. Für die konfessionelle Konfliktlinie stehen sich diese beiden Parteien in Ostdeutschland als Pole gegenüber und zeigen damit den Stellenwert, den diese Konfliktlinie im ostdeutschen Parteiensystem hat, auf.

Die Berufsgruppen Arbeiter und Angestellte/Beamte erweisen sich im ersten und zweiten Block für die SPD-Affinität als statistisch signifikant ($b = 0,936$ bzw. $b = 0,882$). Angehörige dieser Berufsgruppen finden die Sozialdemokraten sympathisch. Allerdings verschwinden die Effekte unter Hinzunahme der Variablen des sozialpsychologischen Modells. Somit kann **H2** nicht durch die Daten bestätigt werden und es zeigt sich, dass der Klassenkonflikt in Ostdeutschland weniger etabliert ist, als das religiöse Cleavage.

Die Gewerkschaftsbindung weist signifikante Effekte für die SPD-Affinität auf, jedoch nicht für die PDS. Anhand der Vorzeichen der Koeffizienten zeigt sich, dass die Gewerkschaftsnähe die SPD-Neigung in der Tendenz positiv ist ($b = 0,271$). Weiterhin ist für die SPD-Neigung zu sagen, dass der Effekt der Gewerkschaftsbindung jedoch mit Einführung der Parteiidentifikation im dritten Block des Modells verschwindet. **H3** kann also durch die Analyse nicht bestätigt werden.

Das verdeutlicht, dass die traditionelle soziale Konfliktlinie in Ostdeutschland weniger ausgeprägt ist als die religiöse. Die SPD konnte 1998 die Mehrheit der Arbeiter mobilisieren, fraglich ist jedoch, ob es der Partei auch langfristig gelingt. Die PDS, als zweite linke Partei im ostdeutschen Parteienspektrum, weist keine signifikanten Effekte der Berufsgruppen und Gewerkschaftsnähe auf.

Die Demokratiezufriedenheit wirkt sich in der in **H4** vermuteten Weise auf die Parteineigung aus. Zufriedenheit mit der Demokratie ist positiv für die CDU-Neigung ($b = -0,633$), während

Unzufriedenheit mit dem aktuellen Zustand der Demokratie sich auf die PDS-Sympathie positiv auswirkt ($b = 0,648$). Bei Einführung aller betrachteten Variablen kann sich im vollständigen Modell der Effekt der Demokratiezufriedenheit auf die PDS-Affinität bestätigen.

Tabelle 3.9: Vergleich der Bestimmungsgründe für Parteien-Sympathie, nicht standardisierte Regressionskoeffizienten – Ostdeutschland 1998

<i>Nicht standardisierte Regressionskoeffizienten</i>	CDU	SPD	PDS
Modell 1			
Konfessionszugehörigkeit	1,504 (,000)	-,255 (,269)	-1,792 (,000)
Gewerkschaftsbindung	-,158 (,240)	,271 (,025)	,245 (,096)
Arbeiter	-,894 (,059)	,912 (,032)	-,257 (,620)
Angestellte/Beamte	-,263 (,515)	,887 (,153)	,007 (,871)
Modell 2			
Konfessionszugehörigkeit	1,292 (,000)	-,281 (,229)	-1,648 (,000)
Gewerkschaftsbindung	-,159 (,220)	,270 (,026)	,253 (,082)
Arbeiter	-,823 (,072)	,936 (,028)	-,372 (,471)
Angestellte/Beamte	-,429 (,271)	,882 (,015)	,112 (,798)
Demokratiezufriedenheit	-,633 (,001)	-,129 (,463)	,648 (,002)
Wirtschaftliche Lage	-,707 (,000)	-,001 (,939)	,160 (,340)
Modell 3			
Konfessionszugehörigkeit	,871 (,000)	-,187 (,405)	-1,121 (,000)
Gewerkschaftsbindung	-,134 (,259)	,174 (,136)	,259 (,051)
Arbeiter	-,220 (,603)	,788 (,055)	,170 (,718)
Angestellte/Beamte	,007 (,832)	,719 (,039)	,359 (,366)
Demokratiezufriedenheit	-,393 (,023)	-,003 (,822)	,550 (,004)
Wirtschaftliche Lage	-,545 (,000)	,001 (,926)	,155 (,341)
Stärke PID	1,676 (,000)	1,144 (,000)	2,184 (,000)
Modell 4			
Konfessionszugehörigkeit	,623 (,001)	-,143 (,417)	-,453 (,021)
Gewerkschaftsbindung	-,004 (,681)	,103 (,263)	,003 (,686)
Arbeiter	-,002 (,948)	,491 (,130)	,489 (,162)
Angestellte/Beamte	,340 (,253)	,267 (,333)	,248 (,399)
Demokratiezufriedenheit	-,004 (,766)	-,113 (,394)	,574 (,000)
Wirtschaftliche Lage	-,235 (,055)	,009 (,404)	,005 (,649)
Stärke PID	,762 (,000)	,349 (,013)	,935 (,000)
Lösungskompetenz	1,432 (,000)	,433 (,037)	2,162 (,005)
Politiker-Skalometer	,451 (,000)	,562 (,000)	,614 (,000)

Datenbasis: Deutsche CSES-Studie 1998; signifikant bei $\alpha \leq 0,05$; in Klammern: Signifikanz der Koeffizienten; die hervorgehobenen Koeffizienten sind statistisch signifikant; PID = Partei-identifikation.

Die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage erweist sich wiederum für die CDU-Sympathie als signifikanter Effekt. Bei der CDU-Neigung ist festzuhalten, dass sich der im zweiten Block starke Effekt ($b = -0,707$) mit Einführung der folgenden Variablen aufhebt. Im vollständigen Modell kann ein negativer Effekt der wirtschaftlichen Lage erkannt werden ($b = 0,326$). Dies ist im zweiten und dritten Block nicht der Fall. Für die PDS-Neigung hat die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage keine signifikanten Effekte. **H5** kann durch die Daten nur zu einem Teil bestätigt werden.

Die Stärke der Parteiidentifikation zeigt, dass die PDS-Sympathie am besten durch diese Variable erklärt werden kann ($b = 2,184$), danach folgen die CDU ($b = 1,676$) und die SPD ($b = 1,144$). Dies bestätigt die oben gemachten Aussagen insofern nicht, weil sich die Verteilung der Parteiidentifikation im Aggregat anders darstellte. Vermutlich wirkt die Parteiidentifikation für die einzelnen Parteien in unterschiedlich starker Weise. Zu **H6** ist zu sagen, dass sich die Hypothese durch die Daten bestätigen lässt und für alle Parteiaffinitäten starke Effekte aus der Parteibindung resultieren.

Damit zeigt sich aber auch, dass **H7** abgelehnt werden muss, und insbesondere die PDS in Ostdeutschland von einer ausgeprägten Parteiidentifikation profitiert. Damit ist die These sozusagen auf den Kopf gestellt, die Bindungen an die Volksparteien sind für die Erklärung der Parteeinigungen für diese beiden Parteien unwichtiger als für die kleinere Partei. Damit könnte eine Auswirkung der instabileren Parteiidentifikationen in Ostdeutschland gefunden worden sein. Für die PDS könnte dies darauf zurückzuführen sein, dass sich in der Bindung an diese Partei auch andere Einstellungsfaktoren widerspiegeln, beispielsweise die Identitätsabgrenzung und das damit verbundene Gefühl vieler Ostdeutscher benachteiligt zu sein.

Bei Betrachtung der vollständigen Modelle zeigt sich, dass die Stärke der Parteiidentifikation sich für alle Parteien als signifikant erweist. Die Problemlösungskompetenz hat für die PDS ($b = 2,162$), die CDU ($b = 1,432$) und die SPD ($b = 0,433$) signifikante Effekte. Die Politikersympathien sind für alle betrachteten Parteien signifikant. Die Betrachtung der nicht standardisierten Koeffizienten zeigt, dass der Effekt der Lösungskompetenz für die PDS am höchsten ist, an zweiter Stelle folgt der Effekt dieses Prädiktors für die CDU. Für diese Parteien steht für die Faktoren des sozialpsychologischen Modells die Lösungskompetenz an erster Stelle, an zweiter Stelle folgt die Parteiidentifikation und zuletzt kommt die Politikerbeurteilung. Bei der SPD ist der erklärungskräftigste Faktor der Kandidat ($b=0,562$), gefolgt von der Lösungskompetenz der Partei und an letzter Stelle steht die Parteibindung. Somit muss **H8** abgelehnt werden.

H9 kann durch die Analyse bestätigt werden. Die Kanzlerkandidaten der CDU und der SPD haben im Vergleich zum Spitzenpolitiker der PDS geringere Effekte auf die Parteeinigung ($b = 0,451$ bzw. $b = 0,562$). Die Politikersympathien sind für die Erklärung der Neigung zur PDS wichtiger. Beim Vergleich zwischen CDU und SPD zeigt sich, dass Schröder einen höheren Effekt als Kohl auf die jeweilige Parteien-Sympathie aufweist und somit kann auch hier die These vom „Schröder-Sog“ (Weßels 2001) bestätigt werden.

Die Sympathiebekundungen der Kanzlerkandidaten bzw. Spitzenpolitiker sind als einzige Prädiktoren für alle Parteien signifikant. Den höchsten Wert weist die Beurteilung des PDS-

Politikers Gysi auf. An zweiter Stelle kommt der SPD- Kanzlerkandidat Gerhard Schröder und an letzter Position befindet sich der CDU-Kandidat Kohl. Insgesamt kann also die in **H10** vermutete hohe Erklärungsleistung der Politikerbeurteilung auf die Parteinéigung bestätigt werden.

4 FAZIT – DISKUSSION DER ERGEBNISSE

Die sozialstrukturellen Variablen haben insgesamt eine geringe Erklärungskraft für die Sympathie zu den politischen Parteien, wobei festzuhalten ist, dass die Konfession einen direkten Effekt auf die CDU- und die PDS-Neigung hat. Jedoch kann die Annahme der **Kontinuitätsthese** nicht gehalten werden. Der Klassenkonflikt hat sich in den neuen Bundesländern noch nicht etabliert. Es kann keine Rede davon sein, dass die SPD langfristig auf die Unterstützung der ostdeutschen Arbeiterschaft auf sich bauen kann. Der religiöse Konflikt wirkte sich schon bei den Wahlen 1990 aus. Bei den Bundestagswahlen 1998 war es der SPD erstmals gelungen, überproportionale Anteile der Arbeiter für sich zu mobilisieren. Auf langfristige Sicht ist aber davon auszugehen, dass sich das gruppenspezifische Wahlverhalten den westdeutschen Mustern weiterhin annähern wird.

Das sozialpsychologische Modell, das einerseits die langfristig angelegte Parteiidentifikation und andererseits situative Faktoren zur Erklärung von Parteiáffinitäten berücksichtigt, scheint für die Erklärung von Parteiáffinitäten der das ostdeutsche Parteiensystem strukturierenden Parteien gut anwendbar. Alle drei Faktoren erweisen sich für die Beschreibung der CDU-, SPD- und PDS-Neigung als erklärungskräftig. Die Annahmen der **Konvergenzthese** bestätigen sich also durch die Analyse. Jedoch ist in Kapitel 2 der Arbeit klar geworden, dass diese These das unterschiedliche Wahlverhalten zwischen Ost- und Westdeutschland nicht ausreichend erklärt.

Da die Parteibindungen insgesamt hohe Effekte auf die Partysympathie aufweisen, kann davon ausgegangen werden, dass das Wahlverhalten in Ostdeutschland nicht nur auf rationaler Grundlage erfolgt. Jedoch gibt nur ein geringer Teil der Bevölkerung an, eine langfristige Bindung an eine politische Partei zu haben. Die kurzfristigen Faktoren des sozialpsychologischen Ansatzes erklären zu einem hohen Anteil Parteiáffinitäten in Ostdeutschland. Die Relevanz der situativen Faktoren für die Erklärung der Parteinéigungen begründet die höhere Wechselbereitschaft des ostdeutschen Elektorates. Obwohl Parteibindungen in Ostdeutschland vorhanden sind, und somit die **Tabula-Rasa-These** abgelehnt werden musste, kann davon ausgegangen werden, dass rationale Wahlentscheidungen, und besonders an Kandidaten

orientiertes Wählen, auf der Tagesordnung stehen. Für die Volkskammerwahl 1990 konnte festgestellt werden, dass die rationale Erklärung der Wahl auch von den Anhängern der Konvergenzthese zutrifft. Das Thema der deutschen Vereinigung war die entscheidende Sachfrage für diese Wahl. Auch weiterhin wird das ostdeutsche Wahlverhalten an den Lösungsvorschlägen der Parteien und den sich zur Wahl stellenden Kandidaten stark beeinflusst werden.

Die **Kristallisationsthese** postuliert, dass es Angleichungen im gruppenspezifischen Wahlverhalten der Ostdeutschen an die bekannten Muster aus dem Westen im Laufe der Transformation gegeben hat. Das konnte durch die Analysen bestätigt werden. Weiterhin besagt die These, dass es spezifisch ostdeutsche Muster in den politischen Einstellungen gibt, die sich in absehbarer Zeit nicht verflüchtigen. Als größten Wertunterschied stellt sich die Abgrenzungsidentität dar. In den Analysen wurden diese Einstellungen durch die Demokratiezufriedenheit und die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage berücksichtigt und es zeigte sich, dass diese Einstellungen das politische Verhalten der Ostdeutschen mitbestimmen. Der empirische Test bestätigt, dass die Kristallisationsthese das Wahlverhalten in Ostdeutschland am besten abbildet. Die gewählten Modelle eignen sich besonders gut zur Erklärung der CDU- und PDS-Affinität. 50 bzw. 59 % der Parteisympathien können durch die einbezogenen Variablen erklärt werden.

Ob jedoch von der Etablierung eines Ost-West-Konfliktes gesprochen werden kann, ist abschließend nicht eindeutig zu beantworten. Die Frage, ob es sich um eine grundlegende und damit stabile Einstellungsdimension in Ostdeutschland handelt, oder ob man von labilen Wahrnehmungen ausgehen muss, die in Abhängigkeit zur wirtschaftlichen Lage schwanken, bleibt offen. Das heißt, ob der Ost-West-Konflikt sozialisations- oder situationsbedingt verursacht ist, kann nicht eindeutig geklärt werden. Da die wirtschaftliche Lage sich in Ostdeutschland in absehbarer Zeit nicht grundlegend verändern wird, kann davon ausgegangen werden, dass die innere Mauer, verstanden als:

„...latente Segregierung der Deutschen im Osten von den Deutschen im Westen auf Grundlage von fundamentalen Wert-, Ordnungs- und/oder Gerechtigkeitsvorstellungen“
(Küchler 1998)

weiterhin Bestand haben wird und die Bevölkerung der Bundesrepublik in zwei Segmente teilt. Dies kann auch damit begründet werden, dass gezeigt wurde, dass die Einstellungsdimensionen in Ostdeutschland auch auf Einflüsse der DDR-Sozialisation zurückzuführen sind, die sich erst mit einem Generationenwechsel verflüchtigen können.

Literaturverzeichnis

AHBE, Thomas/GIBAS, Monika (2000): Der Osten im vereinigten Deutschland, In: THIERSE, Wolfgang/SPITTMANN-RÜHLE, Ilse/KUPPE, Johannes L. (Hg.): Zehn Jahre deutsche Einheit. Eine Bilanz, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

ARZHEIMER, Kai/FALTER, Jürgen W. (1998): Annäherung durch Wandel? Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998 in Ost- West-Perspektive, In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ) B52, S. 33-43.

BRETTSCHNEIDER, Frank (2000): Kohls Niederlage? Schröders Sieg! – Die Bedeutung der Spitzenkandidaten bei der Bundestagswahl 1998, In: PICKEL, Gerd/WALZ, Dieter/BRUNNER, Wolfram (Hg.): Deutschland nach den Wahlen – Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des Parteiensystems, Opladen: Leske und Budrich.

BRETTSCHNEIDER, Frank (2001): Candidate-Voting. Die Bedeutung von Spitzenkandidaten für das Wählerverhalten in Deutschland, Großbritannien und den USA von 1960 bis 1998, In: KAASE, Max/KLINGEMANN, Hans-Dieter (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

BRUNNER, Wolfram/WALZ, Dieter (2000): Die politische Stimmungslage im Vorfeld der Bundestagswahl 1998, In: PICKEL, Gerd/WALZ, Dieter/BRUNNER, Wolfram (Hg.): Deutschland nach den Wahlen – Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des Parteiensystems, Opladen: Leske und Budrich.

BÜRKLIN, Wilhelm/KLEIN, Markus (1998). Wahlen und Wähler. Eine Einführung, Opladen: Leske und Budrich.

EITH, Ulrich (1996): Parteien, In: WEIDENFELD, Werner/KORTE, Karl-Rudolf (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

EMMERT, Thomas (1994): Politische Ausgangslage vor der Bundestagswahl 1994. Entwicklung der Parteien, Themen und Kandidaten in Ost und West, In: BÜRKLIN, Wilhelm/ROTH, Dieter (Hg.): Das Superwahljahr: Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten? Köln: Bund-Verlag.

EMMERT, Thomas (ET AL.) /JUNG, Matthias/ROTH, Dieter (2001): Das Ende einer Ära – Die Bundestagswahl vom 27. September 1998, In: KAASE, Max/ KLINGEMANN, Hans-Dieter

(Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

GABRIEL, Oscar W./VETTER, Angelika (1998): Bundestagswahlen als Kanzlerwahlen? Kandidatenorientierungen und Wahlentscheidungen im parteistaatlichen Parlamentarismus, In: KAASE, Max/KLINGEMANN, Hans-Dieter (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, Opladen: Westdeutscher Verlag.

GABRIEL, Oscar W. (2000): Demokratische Einstellungen in einem Land ohne demokratische Tradition? Die Unterstützung der Demokratie in den neuen Bundesländern im Ost-West-Vergleich, In: FALTER, Jürgen/GABRIEL, Oscar W./RATTINGER, Hans (Hg.): Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen: Leske und Budrich.

GENSICKE, Thomas (1998): Die neuen Bundesbürger. Transformation ohne Integration? Opladen: Westdeutscher Verlag.

GLUCHOWSKI, Peter/ZELLE, Carsten (1992): Demokratisierung in Ostdeutschland. Aspekte der politischen Kultur in der Periode des Systemwechsels, In: GERLICH, Peter (Hg.): Regimewechsel: Demokratisierung und politische Kultur in Ost-Mitteleuropa, Wien: Böhlau-Verlag.

GLUCHOWSKI, Peter/WILAMOWITZ-MOELLENDORFF (1997): Sozialstrukturelle Grundlagen des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik Deutschland, In: GABRIEL, Oscar W./NIEDERMAYER Oskar/STÖSS, Richard (Hg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

JUHÁSZ, Zoltán (2000): Ost-West-Unterschiede: Bald ein Thema für die Vergangenheit?, In: DETH, Jan van/RATTINGER, Hans/ROLLER, Edeltraud (Hg.): Die Republik auf dem Weg zur Normalität. Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit, Opladen: Leske und Budrich.

KAASE, Max/KAASE-BAUER, Petra (1998): Deutsche Vereinigung und innere Einheit 1990-1997, In: MEULEMANN, Heiner (Hg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung, Opladen: Leske und Budrich.

KLEIN, Markus/OHR, Dieter (2001): Die Wahrnehmungen der politischen und persönlichen Eigenschaften von Helmut Kohl und Gerhard Schröder und ihr Einfluß auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998, In: KAASE, Max/KLINGEMANN, Hans-Dieter (Hg.): Wah-

len und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1998, Opladen: Westdeutscher Verlag.

KREIKENBOM, Henry (1994): Orientierungen ostdeutscher Bürger im Parteiensystem der Bundesrepublik, In: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Die real existierende postsozialistische Gesellschaft. Chancen und Hindernisse für eine demokratische politische Kultur, Berlin: GSFP.

KREIKENBOM, Henry (1996): Parteiorientierungen ostdeutscher Bürger im Transformationsprozeß, In: FALTER, Jürgen/GABRIEL, Oscar W. (Hg.): Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien, Frankfurt/M.

KREIKENBOM, Henry (1998): Nachwirkungen der SED-Ära: Die PDS als Katalysator der Partei- und Wahlpräferenzen in den neuen Bundesländern, In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Heft 1, Jg.29, S. 24-46.

KÜCHLER, Manfred (1998): Vereint und doch getrennt?, In: MEULEMANN, Heiner (Hg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung, Opladen: Leske und Budrich.

KUPPE, Johannes L. (2000): Zur Parteienlandschaft im vereinigten Deutschland. Ein politischer Essay, In: THIERSE, Wolfgang/SPITTMANN-RÜHLE, Ilse/KUPPE, Johannes L. (Hg.): Zehn Jahre deutsche Einheit. Eine Bilanz, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

LIPSET, Seymour M./ROKKAN, Stein (HG.) (1967): Party Systems and Voter Alignments, New York: The Free Press.

LÖSCHE, Peter (et al.) /ARMINGEON, Klaus/ZIEMER, Klaus (1996): Gewerkschaften, In: NOHLEN, Dieter (Hg.): Wörterbuch Staat und Politik, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

MAIER, Jürgen/SCHMITT, Karl (2002): Stabilität und Wandel regionaler Wählerstrukturen in Ostdeutschland 1990 – 1999, In: BRETTSCHEIDER, Frank/DETH, Jan van/ROLLER, Edeltraud (Hg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen: Leske und Budrich.

PAPPI, Franz Urban (2002): Die politisierte Sozialstruktur heute: Historische Reminiszenz oder aktuelles Erklärungspotential?, In: BRETTSCHEIDER, Frank/DETH, Jan van/Roller, Edeltraud (Hg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur?, Opladen: Leske und Budrich.

PICKEL, Susanne (1998): Vom Totalitarismus zur Demokratie – zwei Transformationen in Deutschland, In: PICKEL, Susanne/PICKEL, Gerd/WALZ, Dieter (Hg.): Politische Einheit – Kultureller Zwiespalt? Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998, Frankfurt/M.: Peter Lang.

PICKEL, Susanne (et al.) /WALZ, Dieter/PICKEL, Gerd (1998): Konsequenzen der ostdeutschen „Sonder“-mentalität für die Bundestagswahl 1998 – Perspektiven für die Zukunft?, In: PICKEL, Susanne/WALZ, Dieter/PICKEL, Gerd (Hg.): Politische Einheit – Kultureller Zwiespalt. Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998, Frankfurt/M.: Peter Lang.

POLLACK, Detlef (1998): Ostdeutsche Identität – ein multidimensionales Phänomen, In: Meulemann, Heiner (Hg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung, Opladen: Leske und Budrich.

POLLACK, Detlef (2000): Wirtschaftlicher, sozialer und mentaler Wandel in Ostdeutschland. Eine Bilanz nach zehn Jahren, In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ) B40, S.13-21.

POLLACK, Detlef/PICKEL, Gerd (1998): Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung? Die Einstellung der Ostdeutschen zu sozialer Ungleichheit und Demokratie, In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ) B41-42, S. 9-23.

POLLACK, Detlef/PICKEL, Gerd (2000): Besonderheiten der politischen Kultur in Ostdeutschland als Erklärungsfaktoren der Bundestagswahl 1998 und die Rückwirkungen der Bundestagswahlen auf die politische Kultur Ostdeutschlands, In: DETH, Jan van/RATTINGER, Hans/ROLLER, Edeltraud (Hg.): Die Republik auf dem Weg zur Normalität. Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit, Opladen: Leske und Budrich.

PRILLER, Eckhard (1999): Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung, In: Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (Hg.): Sozialreport 1999. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin: Verlag am Turm.

RATTINGER, Hans (1994a): Parteineigungen, Sachfragen- und Kandidatenorientierungen in Ost- und Westdeutschland 1990 – 1992, In: RATTINGER, Hans (Hg.): Wahlen und politische Einstellungen im vereinten Deutschland, Frankfurt/M.: Peter Lang.

RATTINGER, Hans (1994b): Parteiidentifikationen in Ost- und Westdeutschland nach der Vereinigung, In: NIEDERMAYER, Oskar/BEYME, Klaus von (Hg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin: Akademie-Verlag.

REIBIG, Rolf (1994): Ostdeutschland - Der „deutsche Sonderweg“ der Transformation, In: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Die real-existierende postsozialistische Gesellschaft. Chancen und Hindernisse für eine demokratische politische Kultur, Berlin: GSFP.

ROTH, Dieter (1990): Die Wahlen zur Volkskammer in der DDR. Der Versuch einer Erklärung, In: Politische Vierteljahresschrift (PVS), 31, S. 369-393.

ROTH, Dieter/EMMERT, Thomas (1994): Wählerentscheidungen und Wählereinstellungen in Ostdeutschland vor und nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl, In: NIEDERMAYER, Oskar/STÖSS, Richard (Hg.): Parteien und Wähler im Umbruch: PARTEIENSYSTEM und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen: Westdeutscher Verlag.

ROTH, Dieter (1998): Empirische Wahlforschung, Opladen: Leske und Budrich.

SCHNELL, Rainer (ET AL.) /HILL, Paul B./ESSER, Elke (1999): Methoden der empirischen Sozialforschung, München: Oldenburg Verlag.

SCHMITT, Hermann (2001): Zur vergleichenden Analyse des Einflusses gesellschaftlicher Faktoren auf das Wahlverhalten: Forschungsfragen, Analysestrategien und einige Ergebnisse, In: KAASE, Max/KLINGEMANN, Hans-Dieter (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

SCHMITT, Karl (1993): Politische Landschaften im Umbruch: Das Gebiet der ehemaligen DDR 1929 – 1990, In: GABRIEL/TROITZSCH (Hg.): Wahlen in Zeiten des Umbruchs, Frankfurt/M.

SCHMITT, Karl (1995): Im Osten nichts Neues? Das Kernland der deutschen Arbeiterbewegung und die Zukunft der politischen Linken, In: BÜRKLIN, Wilhelm/ROTH, Dieter (Hg.): Das Superwahljahr, Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten, Köln: Bund-Verlag.

SCHMITT, Karl (1997): Sozialstruktur und Wählerverhalten, In: GABRIEL, Oscar W. (Hg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske und Budrich.

Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (Hg.): Sozialbericht 2001. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin: Verlag am Turm.

WEBELS, Bernhard (2000): Kanzler- oder Politikwechsel? Bestimmungsgründe des Wahlerfolgs der SPD bei der Bundestagswahl 1998, In: DETH, Jan van/RATTINGER, Hans/Roller, Edeltraud (Hg.): Die Republik auf dem Weg zur Normalität. Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit, Opladen: Leske und Budrich.

WINTER, Thomas von (1996): Wahlverhalten in den östlichen Bundesländern: Wahlsoziologische Erklärungsmodelle auf dem Prüfstand, In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), 27. Jg., S. 298-316.

Wissenschaftszentrum Berlin (WZB): Datensatz und Codebuch der Deutschen CSES-Studie 1998, Unter: <http://www.wz-berlin.de/iw>.

ZIEGEL, Andrea (2002): Kurz- und langfristige Bestimmungsgründe für Parteiaffinitäten in Ostdeutschland, Magisterarbeit, Universität Potsdam.

Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung ISSN 1612-6602

- | | | | |
|-------------|---|---|---|
| Nr. 1/1995 | - | Dieter Holtmann | Modelle der Sozialstruktur |
| Nr. 2/1996 | - | Dieter Holtmann | Entwicklungstendenzen in der Sozialstruktur und in der politischen Landschaft |
| Nr. 3/1997 | - | Ulf Rostalsky | Entwicklungstendenzen von Beschäftigungsverhältnissen in den neuen Bundesländern |
| Nr. 4/1998 | - | Birgit Schäfer | Ein Vergleich der Berufsstrukturen von Ost- und Westdeutschland, Norwegen und den USA: Schichtselbsteinstufung und Einstellungen in Abhängigkeit von beruflichen Lagen |
| Nr. 5/1998 | - | Steffen Weber | Der Einfluss wohlfahrtsstaatlicher Charakteristika auf individuelle gesellschaftlich-politische Einstellungen. Ein Vergleich von Einstellungen in Norwegen, Deutschland (West) und in den USA |
| Nr. 6/1999 | - | Christian Dössel | Lebenszufriedenheit unter dem Einfluss ausgewählter objektiver und subjektiver Faktoren im innerdeutschen Vergleich. Eine Längsschnittanalyse mit den Daten des SOEP |
| Nr. 7/1999 | - | Birgit Schäfer | Ein Vergleich der geschlechterspezifischen Berufsstrukturen von Ost- und Westdeutschland, Norwegen und den USA: Schichtselbsteinstufung und Einstellungen in Abhängigkeit von beruflichen Lagen |
| Nr. 8/1999 | - | Tilo Görl | Regionalisierung des Wählerverhaltens in den neuen Bundesländern |
| Nr. 9/2000 | - | Mona Youssef | Sozialstrukturelle und ökonomische Bestimmungsgründe der Wettbewerbsfähigkeit |
| Nr. 10/2000 | - | Dieter Holtmann | Variations of welfare capitalism after the decline of state socialism: Bargaining societies on the basis of value orientations and resources of action |
| Nr. 11/2000 | - | Claudia Vogel | Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit. Ein Vergleich von Westdeutschland, Ostdeutschland und Großbritannien |
| Nr. 12/2001 | - | Elisabeth Holtmann | Sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze zum Thema „Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“ |
| Nr. 13/2001 | - | Claudia Buchheister, Tilo Görl | Einstellungen und Wahlen als Indikatoren der Fremdenfeindlichkeit - Empirische Analysen – |
| Nr. 14/2001 | - | Elke Goltz, Roger Sitter | Regionale Unterschiede in der Gewaltkriminalität im Land Brandenburg – Empirische Analyse anhand ausgewählter Strukturdaten |
| Nr. 15/2002 | - | Elisabeth Holtmann, Dieter Holtmann, Tilo Görl, Elke Goltz, Claudia Buchheister | Zur Prävention von Kriminalität, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit durch die Gremien kommunaler Kriminalitätsverhütung im Land Brandenburg |

